# Die Lage der Sozialdemokratie in Rußland

Herausgegeben
vom „Boten“ des Organisationskomitees
der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
Rußlands

Berlin 1912

# Inhaltsverzeichnis.


Seite

Vorwort . . . . . 3
Bericht über die Konferenz im August 1912 . . . . . 16
Einigungsversuche . . . . . 16
Die politische Belebung . . . . . 17
Die Zusammensetzung der Konferenz . . . . . 18
Die Konstituierung der Konferenz . . . . . 24
Die Wahlplattform . . . . . 25
Die Wahltaktik . . . . . 27
Der Ausbau der Partei . . . . . 28
Abschluß der Tagesordnung . . . . . 28
Das Verhältnis zur P. P. S. . . . . 29
Die Aufgaben des Organisationskomitees . . . . . 30
Die Sozialdemokratie bei den Wahlen für die vierte Duma . 31
Anhang:
Beilage I: Bericht der Petersburger Initiativgruppe an die Konferenz . . . . . 36
Beilage II: Aus der Rede N. Lenins vor dem Parteigericht i. J. 1907 . . . . . 41
Beilage III: Dokumente zur russischen Parteigeschichte . 45

# Vorwort.

Bei der Herausgabe der vorliegenden Broschüre in deutscher Sprache verfolgen wir den Zweck, den westeuropäischen Genossen die politische und organisatorische Tätigkeit der Sozialdemokratie Rußlands vor Augen zu führen.

Das Interesse für die Sozialdemokratie Rußlands, durch die Ereignisse der Revolution außerordentlich gesteigert, ist in den düsteren Jahren der Gegenrevolution enorm gesunken.

Diese Tatsache ist keineswegs verwunderlich. Neben den haarsträubenden Greueln der Gegenrevolution, die keinen machtvollen Widerstand im Lande fanden, hörten unsere Freunde im Auslande in diesen Jahren weit mehr über die Differenzen und Streitigkeiten innerhalb der Bruchstücke der russischen Parteiorganisation, als über die fruchtbringende Tätigkeit der Sozialdemokratie und die Entwickelung der eng mit ihr verknüpften Arbeiterbewegung Rußlands. Der Widerspruch zwischen dem augenscheinlichen Stillstand dieser Tätigkeit und den immer lauter werdenden Fraktionskämpfen war zu frappierend, um nicht den Gedanken wachzurufen, daß zwischen diesen beiden Erscheinungen nicht der geringste innere Zusammenhang bestehe. Dieser Gedanke lag um so näher, als die fraktionellen Differenzen und Streitigkeiten vor unseren ausländischen Genossen meist die Form eines erbitterten Organisationskampfes der innerhalb der ausländischen Emigration bestehenden zahlreichen Grüppchen annahmen, eines Kampfes, der naturnotwendig eine Reihe von Zusammenstößen zwischen einzelnen Zirkeln und einzelnen Personen herbeiführen mußte.

Es ist nur zu sehr begreiflich, daß unsere ausländischen Genossen einerseits wenig Lust verspürten, diese unerfreulichen Zustände in allen ihren Einzelheiten kennen zu lernen, andererseits aber auch nur eine sehr beschränkte Möglichkeit besaßen, sich in dem Wirrwarr der einander widersprechenden Anschuldigungen und Behauptungen innerhalb der Sozialdemokratie Rußlands zurechtzufinden. Dies war für sie eine ebenso schwere Aufgabe, wie für die Unbeteiligten etwa die, sich in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts in allen Einzelheiten des historischen Kampfes der Lassalleaner und Eisenacher zurechtzufinden, als dessen Endergebnis die deutsche Sozialdemokratie sich zu der gewaltigen Partei entwickelte, die sie heute ist. Es ist deshalb auch nur zu sehr begreiflich, wenn die Mehrzahl der ausländischen Genossen geneigt ist, die Differenzen innerhalb der russischen Sozialdemokratie als einen unentwirrbaren Knäuel beiseite zu schieben und sie mit dem „Emigrantengezänk" auf eine Stufe zu stellen.

Wieviel Hader und unzulässige Exzesse indessen der russische Fraktionskampf auch gezeitigt hat, so genügt ein flüchtiger Blick auf die Geschichte und den gegenwärtigen Stand der Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung in Rußland, um zu der Erkenntnis zu gelangen, daß der Kampf der Fraktionen untereinander nur eine traurige Begleiterscheinung des im höchsten Grade erfreulichen und historisch wichtigen Entstehungsprozesses einer wirklich proletarischen Sozialdemokratie in Rußland ist.

Wir wollen auf die einzelnen Episoden dieses Fraktionskampfes, wie auf die zahlreichen Grüppchen, die teilweise nur von diesem Fraktionskampf ihr Dasein fristen, nicht näher eingehen. Unsere Aufgabe ist es, den allgemeinen Zusammenhang zwischen der Entwickelung der proletarischen Sozialdemokratie in Rußland und den beiden grundlegenden Methoden der sozialdemokratischen Tätigkeit und des Parteiausbaues zu schildern, die in jüngster Zeit zum Ausdruck gelangt sind: einerseits in der Januarkonferenz der Lenin-Richtung, andererseits in der Augustkonferenz der Organisationen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands.

* * *

In der westeuropäischen Parteiliteratur ist schon mehrfach die grundlegende Eigenart der Entstehung und Entwickelung der russischen Sozialdemokratie als einer politisch aktiven Kraft gekennzeichnet worden. Abweichend von der westeuropäischen Praxis, ist die Sozialdemokratie in Rußland nicht als der letzte Entwickelungsgrad des durch lange politische Schulung zu seiner Klassenerkenntnis gelangten Proletariats hervorgetreten. Sie entstand als eine — und für viele keineswegs als die letzte! — Etappe der Entwickelung der freiheitsdürstenden „Intelligenz", die den Glauben an den spontanen Revolutionarismus und Sozialismus der bäuerlichen Landgemeinde („Mir") verloren hatte und in ihrem heroischen Zweikampfe mit dem Zarismus unterlegen war.

Der russische Marxismus (die „Gruppe der Befreiung der Arbeit") entstand als wissenschaftlich-revolutionäre Theorie zu einer Zeit, wo nicht nur nicht die Frage entschieden war, ob in Rußland sich der Kapitalismus entwickle, sondern auch — und zwar noch im Verlauf von 15 Jahren — erbitterte Streitigkeiten möglich waren, ob das Proletariat in Rußland überhaupt als besondere „soziale Kategorie" existiere. Als politische Richtung stützte sich der russische Marxismus zu jener Zeit — es war in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts — weniger auf bereits bestehende reale soziale Kräfte, als auf die geniale Vorausbestimmung der sozialpolitischen Möglichkeiten, die sich, wenn auch nur im Keime, in der von ihr konstatierten kapitalistischen Umwälzung des gesamten russischen Wirtschaftslebens verbargen. Deshalb stellte der russische Marxismus im Verlauf von mehr als einem Jahrzehnt in politischer Hinsicht nur eine äußerst geringe Macht dar.

Dies Verhältnis änderte sich gegen Mitte der 90er Jahre, als infolge verschiedener Ursachen, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann, die drückende Reaktion zu weichen begann, die nach dem kurzen Aufschwung am Ende der 70er und am Anfang der 80er Jahre im russischen Gesellschaftsleben herrschte. Die „Intellektuellen" strömten in Massen dem marxistischen Lager zu. Für die einen bot die sophistisch zurechtgestutzte Marxlehre nur die ersehnte Waffe, mittels der sie ihr revoltierendes „Volkstümler"gewissen beruhigten, den Kapitalismus

apologetisch „rechtfertigten", sich mit der kapitalistischen Entwickelung als einem Faktor des Progresses aussöhnten und ihren offenen Uebergang in das Lager der Bourgeoisie bemäntelten (Struve u. a.). Für die anderen (die künftigen „Sozialisten-Revolutionäre") bildete der „revidierte" Marxismus das Mittel, um ihrer „volkstümlernden" Bauernfreundlichkeit ein modernes Mäntelchen umzuhängen, den Traditionen des bäuerlichen Gemeinbesitzes ein neues Fundament zu geben und ihre Neigung für das apolitische Bauernelement mit dem Kampf für die politische Freiheit zu verquicken.

Für die dritten — und diese waren zu jener Zeit in der Mehrzahl — wurde der Marxismus dauernder ideeller Besitz: subjektiv — als die einzige wissenschaftliche Theorie des Sozialismus, der schon längst zur Tradition der revolutionären „Intelligenz" in Rußland geworden war; objektiv — als der einzige realistische Wegweiser im Kampfe um die politische Freiheit. Gerade zu jener Zeit — es war um das Jahr 1896 — legte der gewaltige Ausstand der Petersburger Weber, dem andere Anzeichen des proletarischen Kampfes auf dem Fuße folgten, Zeugnis ab von der Richtigkeit der sozialpolitischen Prognose des Marxismus. Durch sein Erscheinen auf dem geschichtlichen Kampfplatze entschied das Proletariat im positiven Sinne die langjährige Streitfrage über seine Existenz als Klasse. Zugleich demonstrierte es die objektive Unvereinbarkeit seiner Klassenbewegung mit der asiatischen politischen Wirklichkeit und zeigte der freiheitsdürstenden „Intelligenz" zum ersten Male das „Volk", das wirklich fähig und bereit war, dem Zarismus den Todesstoß zu versetzen. Dieses Hervortreten der Arbeiterklasse führte einen großen Teil der „Intellektuellen" für lange Zeit in die Reihen der Sozialdemokratie, und von dieser Zeit datiert auch — zuerst in Form von lokalen Organisationen — die hauptsächlich von diesen Intellektuellen ins Leben gerufene Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands.

Wir können hier auf die äußere Geschichte und die innere Entwickelung der Partei in dem Jahrzehnt von ihrer Entstehung bis zur Revolution nicht näher eingehen.*) Eines muß aber hervorgehoben werden: während dieser ganzen Periode trat der innere Widerspruch hervor, daß die revolutionär-demokratische „Intelligenz" die Fahnenträgerin der Klassenlehre des Proletariats geworden war.

Die marxistische Doktrin, die diese „Intelligenz" sich angeeignet hatte, übte natürlich auf ihre Denkweise wie auf ihre Tätigkeit den stärksten Einfluß aus. Diese Doktrin machte es ihr zur Pflicht, in der Politik an den Klassenkampf und an die Klassengegensätze zu appellieren; sie zwang sie, alle ihre Bemühungen auf die Aufrüttelung der Arbeiterklasse zu richten, sämtliche Formen der Arbeiterbewegung zu entwickeln; allmählich schuf sie in der Armee der „Intellektuellen" unverfälschte sozialdemokratische Elemente.

Andererseits jedoch mußte die marxistische Doktrin, nachdem sie zum Freiheitsbanner einer g a n z e n s o z i a l e n S c h i c h t geworden war, welche, wenn auch demokratisch und revolutionär, nach ihrer Klassenlage, nach ihren Ideengewohnheiten und Traditionen, nach ihren verwandtschaftlichen Beziehungen usw. dem Proletariat fremd war, eine gewisse Ummodelung über sich ergehen lassen. Unbemerkt, allmählich nahm sie

*) Einiges darüber findet der Leser in dem Parteibericht an den Amsterdamer Internationalen Kongreß. (E. Etzold, München 1904.)

eine für die „Intelligenz" geeignete Form an, die ihren Kampf um die Freiheit in die einzig mögliche revolutionäre Ideenhülle — in den Sozialismus kleidete.

Zu Beginn des neuen Jahrhunderts, als in Rußland bereits das Rollen des nahenden revolutionären Sturmes vernehmbar war, gab N. Lenin diesem umgemodelten Marxismus der Intelligenzler in seiner Schrift „Was tun?", die eine Zeitlang bei der Mehrzahl der „Berufsrevolutionäre" zum Katechismus erhoben wurde, am deutlichsten Ausdruck. In dieser Schrift ging N. Lenin von der Voraussetzung aus, die Arbeiterbewegung als solche neige zum Trade-Unionismus hin, und deshalb sei das „Hineintragen des Sozialismus von außen her" notwendig, um die Arbeiterbewegung auf einen revolutionär-sozialistischen Weg zu lenken. Als Laboratorium für die Herstellung und Destillierung dieses unverfälschten Sozialismus könnten bloß kleine Zirkel theoretisch durchgebildeter, „erprobter" und miteinander „harmonierender" Revolutionäre dienen. Hieraus folgte schon von selbst der Schluß, daß nur die Herrschaft solcher „erprobter" Zirkel über die spontane Arbeiterbewegung die revolutionäre Lösung der nächstliegenden politischen wie der sozialistischen Endaufgaben des Proletariats sichern könne.

Die Unsinnigkeit dieser „Theorie" vom Standpunkt der Sozialdemokratie ist evident. Vermochte sie aber dennoch die Massen der Parteigenossen für sich zu gewinnen und ihrem Schöpfer den Ruf eines revolutionären „Orthodoxen" zu verschaffen, so lediglich deshalb, weil diese „Theorie" nichts anderes darstellte, als den ideologischen Ausdruck der hervorstechendsten Merkmale der vorrevolutionären sozialdemokratischen Tätigkeit in Rußland.

Die damalige Wirklichkeit entsprach in der Tat der „Theorie" Lenins. Während die „Intelligenz" unter dem neuen sozialdemokratischen Banner lediglich ihren alten halbhundertjährigen Kampf gegen den Zarismus weiter führte, begann die Arbeiterklasse erst aus ihrem politischen Nichtsein zu erwachen; sie machte die ersten schüchternen Gehversuche und stand noch am Anfang des Weges, der zu ihrer Klassenerkenntnis und ihrer Selbstbestimmung führte. Hat dieser Prozeß, der in Westeuropa Jahrzehnte erforderte, in Rußland nur verhältnismäßig kurze Zeit in Anspruch genommen, so hat er dennoch nicht die wunderbare Umwandelung des russischen Arbeiters in einen westeuropäischen Sozialdemokraten von heute auf morgen herbeiführen können. Um diese Umwandelung durchzumachen, bedurfte der russische Arbeiter der schweren Schule der Revolution und der Gegenrevolution.

In der vorrevolutionären Zeit spielte die russische sozialdemokratische „Intelligenz" der Arbeiterklasse gegenüber dieselbe — historisch fruchtbare und im Interesse der Arbeiterbewegung selbst notwendige — Rolle, die in Westeuropa der bürgerlichen Demokratie anheimgefallen ist. Unter ihrem Einfluß wurde das Proletariat allmählich in die politische Bewegung hineingezogen, es erhielt seine elementare politische Schulung und formte sich allmählich zur Klasse um. Daß der Radikalismus der Intelligenzler diese historisch-notwendige Arbeit in Rußland nicht unter dem Banner einer unverhüllt-bürgerlichen Ideologie, sondern unter dem des Marxismus vollzog, beschleunigte in letzter Instanz nur die Selbstbestimmung des Proletariats als Klasse; aber bis zu einem gewissen Zeitpunkt verhüllte dieser Umstand den realen politischen Kern der Beziehungen, die sich zwischen der „Intelligenz" und

dem Proletariat herausgebildet hatten. Die Arbeiter brachten in Demonstrationen und zahlreichen Streiks, kleineren und größeren, die fast alle Gewerbe umfaßten, und mitunter — wie 1903 in Südrußland — das ganze Erwerbsleben lahmlegten, den aufgespeicherten Groll über ihre Lage und ihr erstarkendes Kraftbewußtsein zum Ausdruck. Diese Bewegung erschütterte mit fast elementarer Wucht das durch und durch morsche Gebäude der zarischen Despotie. Die revolutionäre sozialdemokratische „Intelligenz" nutzte diese ersten spontanen Regungen des erwachenden Riesen aus, um, auf sie gestützt, zu einer erstklassigen politischen Macht zu werden, „im Namen des Proletariats" radikale politische Forderungen aufzustellen, die Arbeitermassen „hinter sich zu führen" und grelle „Losungen" in sie zu werfen, die dem Proletariat eine Erleichterung der unerträglichen wirtschaftlichen Sklaverei und die Vernichtung des polizeilichen Druckes sicherten, der die Arbeiter an Händen und Füßen fesselte. Ist ein Vergleich erlaubt, so könnte man sagen, daß die revolutionäre „Intelligenz" in dem vorrevolutionären sozialdemokratischen „Staate" die Rolle der „kommandierenden Klasse" gespielt hat.

Diese Rolle trat um so fühlbarer hervor, als die gesamte Bewegung „illegal" und die ganze Organisation notwendigerweise „unterirdisch", geheim war. Diese geheime Parteiorganisation war historisch notwendig und spielte bei der Entfaltung der Arbeiterbewegung eine enorme, befruchtende Rolle. Zugleich schuf sie aber naturgemäß Tendenzen, die die ganze Entwickelung der Partei verunstalteten.

Bei dem zunehmenden Schwung der Bewegung und der fortwährenden Erweiterung des Tätigkeitsfeldes erforderte diese Organisation einen relativ gewaltigen Stab von Funktionären: Agitatoren, Organisatoren, Propagandisten, Schriftstellern, Schriftsetzern in den Geheimdruckereien, technischen Kräften für den Schmuggel und Vertrieb der revolutionären Schriften usw. In Anbetracht des sich stets verschärfenden Kampfes gegen die Polizei erforderte diese Organisation großen Opfermut, Hingebung und spezielle technische Fähigkeiten, die nur Leuten zu eigen waren, die ihre ganze Zeit, ihre ganze Kraft in den Dienst der revolutionären Tätigkeit stellten. Sie erforderte mit einem Wort Leute, für die die Revolution ein Beruf, der einzige Beruf geworden war. Als solche traten denn auch die sogenannten „Berufsrevolutionäre" in den Vordergrund.

Es ist ohne weiteres klar, daß eine solche Organisation nicht das Werk von gewerblichen Arbeitern sein konnte. Einzelne mit größerer Energie begabte und revolutionär gestimmte Arbeiter konnten natürlich auch als gleichberechtigte Mitglieder an dieser Organisation teilnehmen. Sie mußten aber zu diesem Zweck die Arbeit in der Fabrik aufgeben, das unmittelbare Band mit den Arbeitermassen zerreißen, ihre Lebensweise radikal verändern und sich in „Illegale" verwandeln, die weder einen festen Wohnsitz, noch ein bestimmtes Einkommen besaßen. Sie mußten mit einem Wort in den engen Zirkeln der „Berufsrevolutionäre" aufgehen, wo sie allmählich eine neue Denk- und Lebensweise und die Psychologie der in diesem Milieu tonangebenden revolutionären „Intelligenz" annahmen.

Vor der Arbeitermasse jedoch und sogar vor der Schicht der klassenbewußten und revolutionär gestimmten Arbeiter, die sich, ohne mit ihrer Klasse unmittelbar zu brechen, allmählich aus der Masse herauskristallisierte, erschien die in den Zirkeln der Berufsrevolutionäre verkörperte

„Partei" als eine wohltätige, aber fremde Macht, die von irgendwoher, aus der geheimnisvollen „unterirdischen" Revolutionswelt ihre Losungen, ihre Aufforderungen, ihre Direktiven in die Massen warf und, wo erforderlich, „im Namen des Proletariats" hervortrat. Sie, die einfachen Arbeiter, beauftragte man von Zeit zu Zeit, geheime Flugblätter und Schriften in der Werkstatt zu verbreiten, Versammlungen zu veranstalten, in die das „Komitee" seine Redner entsandte, Geheimzirkel zu organisieren, in denen vom „Komitee" ein Propagandist erschien (meist ein Student, mitunter aber gar ein Gymnasiast). Sie wurden zuweilen auch zu einer Versammlung einberufen, um nach einer kurzen „Diskussion" über eine vom „Komitee" ausgearbeitete Resolution abzustimmen oder für die von ihm vorgeschlagenen Delegierten für einen Parteikongreß oder eine Konferenz ihre Stimme abzugeben. Das ganze politische und organisatorische Laboratorium der Partei, wo die ihnen unterbreiteten Flugblätter, Losungen, Plattformen, Resolutionen usw. ausgearbeitet wurden, war wegen der rein objektiven, unüberwindbaren Hindernisse, gegen den Willen der einen, wie der anderen Seite der Arbeitermasse fremd und unzugänglich und konnte von ihr weder kontrolliert noch direkt beeinflußt werden.

Schlossen die spezifischen Bedingungen der „Geheimorganisation" diese von der direkten Einwirkung der Arbeitermasse aus, so öffneten sie andererseits den Einflüssen Tür und Tor, die von den der revolutionären Intelligenz in sozialer Hinsicht verwandten bürgerlich-demokratischen Kreisen ausgingen. Der Unterhalt des ungeheuren „unterirdischen" Apparates mit seinen Berufsrevolutionären, Schriftenverlagen, Schriftenschmuggel, Geheimdruckereien usw. verschlang riesige Summen (Hunderttausende Rubel jährlich); ferner waren zahlreiche sichere Wohnungen, Deckadressen usw. erforderlich. Es versteht sich von selbst, daß die Arbeitermasse — namentlich auf ihrem damaligen politischen Niveau — diese Aufgaben nicht zu bewältigen vermochte. Die Partei und die Parteiarbeit wurden nicht durch Mitgliederbeiträge, nicht durch Sammlungen unter den Arbeitern, sondern durch die pekuniäre und technische Unterstützung der mit der Sozialdemokratie sympathisierenden bürgerlichen Kreise aufrechterhalten.

Es versteht sich von selbst, daß die Sympathien der breiten bürgerlichen Kreise sich weniger auf die Organisierung des Klassenkampfes des Proletariats erstreckten, die die Sozialdemokratie als ihre Aufgabe betrachtete, als auf ihre radikalpolitische Stellung in der russischen Freiheitsbewegung. Und ebenso verständlich ist es, daß die sozialdemokratische „Intelligenz", auf die Sympathien bürgerlicher Elemente angewiesen und zugleich eines ununterbrochenen, direkten Kontaktes mit der Arbeitermasse beraubt, stets der Gefahr ausgesetzt war — unter der Deckung des sozialdemokratischen Banners zuweilen die Politik des reinen bürgerlich-demokratischen Radikalismus zu betreiben.

Aber auch die sozialdemokratischen Elemente, die diesen Widerspruch zwischen den subjektiven Zielen der Sozialdemokratie und dem objektiven Inhalt ihrer Tätigkeit erkannten und ihn zu bewältigen suchten, fanden keinen Ausweg aus der Sackgasse, in die die „unterirdische" Existenz die Partei getrieben hatte, die nach ihrer ganzen Ideologie berufen war, eine Massenpartei zu sein. Nicht nur die damals ungenügende politische Reife der russischen Arbeiterklasse, auch die völlige Unmöglichkeit, auch nur den Keim für offene Organisationen zu legen, die imstande wären, den Konzentrationspunkt der

vorgeschrittenen Elemente der Arbeitermasse zu bilden, ihren Zusammenschluß und ihre organisierte Einwirkung auf die Tätigkeitsrichtung der Partei zu fördern, bildete die Ursache, daß alle Reformversuche sich auf dasselbe Milieu der Geheimorganisation erstreckten und dieselben Methoden zur Anwendung brachten, die den Quell der Widersprüche in sich bargen.

Der Kampf um die eine oder die andere Richtung der Organisationstätigkeit nahm unwillkürlich den Charakter eines Fraktionskampfes um die Oberherrschaft in den Geheimzirkeln an, um von dort aus die Leitung über die Arbeiterbewegung zu erlangen und dieser den erwünschten Weg vorzuzeichnen. Waren die Umstände einmal die, daß die Richtung der Bewegung, ihr revolutionärer und Klassencharakter ihren Rückhalt einzig und allein darin fanden, daß die leitenden Geheimzirkel eine richtige „Linie" einhielten, so war es natürlich und verständlich, daß auf dem Boden der oben gekennzeichneten Widersprüche, die von den verschiedenen Gruppen anders erklärt und bewertet wurden, stets neue theoretische Streitigkeiten ausbrachen. Auf demselben Boden entstand auch fortwährend das Bedürfnis, die einzelnen ideologischen Schattierungen voneinander „abzugrenzen", und das Bestreben, durch Ausschließung oder mechanische Unterdrückung der Andersdenkenden, der eigenen Schattierung, die allein als „wahrhaft-proletarisch" erklärt wurde, innerhalb der Parteiorganisation das Uebergewicht und eine diktatorische Stellung zu sichern. Zugleich entwickelten sich auch die spezifischen psychologischen Charakterzüge der Politiker aus den Reihen der „Berufsrevolutionäre": die unbewußte Gewohnheit, sich selber und seine Führer als alleiniges Unterpfand des revolutionären und Klassencharakters der Bewegung zu betrachten; die fanatische Verteidigung aller möglichen „Formeln" und die Unfähigkeit, diese Formeln in die Sprache des wirklichen Klassenkampfes zu übertragen; das Hineintragen der schroffen Methoden des Klassenkampfes in die inneren Streitigkeiten einer Parteirichtung mit der anderen; die Rücksichtslosigkeit in der Auswahl der Kampfmittel gegen den Gegner, geboren aus der völligen Verantwortungslosigkeit gegen die anderen, nur die nächsten Gesinnungsgenossen ausgenommen, usw. usw.

Mit der Entwickelung der revolutionären Arbeiterbewegung und der spontanen, eigenmächtigen Entstehung offener Arbeiterorganisationen begannen die oben skizzierten Verhältnisse sich allmählich umzuwandeln, bis die „Freiheitstage" mit ihren emporblühenden Gewerkschaften, Genossenschaften, politischen Klubs, Bildungsvereinen, Arbeiterdelegiertenräten usw. der Partei die Möglichkeit boten, auf die offene politische Arena zu treten, und in die alte Geheimzirkelorganisation der Partei empfindliche Breschen schlugen. Nun war die Möglichkeit gegeben, die sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands allmählich von Grund aus umzugestalten und in eine wirkliche sozialdemokratische Arbeiterpartei zu verwandeln.

Die „Freiheitstage" waren aber kurz, und die Tätigkeit der damals entstandenen Organisationen mußte einen zu unmittelbaren Kampfcharakter tragen, als daß diese Möglichkeit schon damals hätte zur Wirklichkeit werden können. Die Partei sah sich bald darauf gezwungen, sich von dem offenen Kampfplatz zurückzuziehen und wieder eine „unterirdische" Existenz zu führen, während die Beziehungen zwischen ihr und den ihr Gefolgschaft leistenden Massen den früheren Charakter anzunehmen be-

gannen. Jetzt aber hatten sich die inneren Widersprüche des Parteilebens noch mehr verschärft, und was das wichtigste war — der breite Kreis der vorgeschrittenen sozialdemokratischen Arbeiter, der nicht unmittelbar den Zirkeln der Berufsrevolutionäre angehörte, war zu der Erkenntnis dieser Widersprüche gelangt.

Dies war eine notwendige Folge dessen, daß die Partei in den „Freiheitstagen" der gesamten Klasse, deren Interessen sie vertreten wollte, zum ersten Male von Angesicht zu Angesicht entgegengetreten war, und daß seitdem bestimmte Teile der Partei und einzelne Gebiete ihrer Tätigkeit (zum Beispiel die Dumafraktion, die Presse usw.) offen und allen zugänglich geblieben waren. Andererseits hatten die vorgeschrittenen Arbeiter nun die Möglichkeit gewonnen, an bestimmten Zweigen der Parteitätigkeit (zum Beispiel an den Wahlkämpfen für die Duma) einen energischen Anteil zu nehmen, während sie — ungeachtet der Zerstörung der in den „Freiheitstagen" entstandenen Organisationen — in den einzelnen Gewerkschaften, Genossenschaften und Bildungsklubs ein wenn auch äußerst beschränktes Feld für ihre eigene Betätigung fanden, wo sie sich als Herren in ihrem Hause fühlen konnten. Mit der verschärften Erkenntnis der Widersprüche des Parteilebens entstanden auch die Elemente zu ihrer Ueberwindung. —

* * *

Der Sieg der russischen Revolution im Jahre 1905 hatte die Existenzbedingungen der Sozialdemokratie in grundlegender Weise verändert. Sie besaß nun die Möglichkeit, öffentliche Versammlungen einzuberufen, Preßorgane herauszugeben, umfassende offene Organisationen zu gründen. Dieser Umstand führte sofort einen Rollenwechsel der einzelnen Personen in der Partei herbei. In den Vordergrund rückten nun die Genossen, die die Funktionen eines Propagandisten, Agitators, Massenorganisators oder Volkstribunen auszuüben geeignet waren; dagegen wurden viele der alten erfahrenen Verschwörer und erprobten Leiter der Geheimgesellschaften in den Hintergrund gerückt. Die Arbeiterdelegiertenräte, die Gewerkschaftsbewegung, die Volksversammlungen, die sozialdemokratischen Provinzblätter, die sozialdemokratischen Fraktionen der ersten und zweiten Duma brachten neue Leute an die Spitze der Parteibewegung. Die Lage der „Berufsrevolutionäre", die sich den neuen Verhältnissen nicht anzupassen und für ihre Kräfte keine Verwendung zu finden vermochten (und diese waren in der Mehrzahl), wurde immer schwieriger. Solange die Ereignisse sich noch in einem revolutionären Tempo fortentwickelten und das Land noch neue Aufstände und Volksbewegungen erwartete, vermochten diese „Berufsrevolutionäre" ihre Stellung in der Partei aufrechtzuerhalten, indem sie ihre Anstrengungen auf die Entwickelung des technischen Kampfapparates konzentrierten. In den Jahren 1906—07, als die Gegenrevolution ihre Hauptsiege bereits errungen hatte, findet in der Sozialdemokratie eine intensive Organisierung verschiedener „Kampfgenossenschaften" statt, die sich um die Vertreter des alten „Berufsrevolutionarismus" sammeln. Die „Vorbereitung des Aufstandes" wird den „friedlichen" Formen der Arbeiterbewegung, der Tätigkeit in der Duma usw. gegenübergestellt, während die Aufgaben der Tagesagitation und Propaganda durch das Prisma der Vorbereitung der direkten Aktion, im Gegensatz zu diesen „friedlichen" Formen der Bewegung, betrachtet werden. Als Mitglieder der „Kampfgenossen-

schaften" kamen zahlreich in Betracht: einerseits die geflüchteten Teilnehmer der revolutionären Aufstände des Jahres 1905, andererseits die Opfer der wirtschaftlichen Krise — deklassierte Proletarier und arbeitslose Angehörige der intelligenten Berufe. Es versteht sich von selbst, daß die zufällig und erst vor kurzer Zeit in die Bewegung hineingeratenen Elemente hier über die in der Partei Geschulten das Uebergewicht hatten. Um so unvermeidlicher war ihre Begeisterung für die spezifischen Funktionen der Kampforganisationen, die viele von ihnen zu den von der Partei verurteilten „Expropriationen" und terroristischen Attentaten führten. Auf diese „Kampf"elemente und auf die mit ihnen sympathisierenden Arbeiterschichten vermochten die „Berufsrevolutionäre" sich eine Zeitlang in ihrem Kampfe um die Führerschaft in der Partei zu stützen, deren Haupttätigkeit sich immer mehr in der Oeffentlichkeit abspielte und immer dringender europäische Organisations- und Agitationsmethoden erforderte; andererseits mußten die „Berufsrevolutionäre", von ihrem anarchistisch gefärbten Anhang beeinflußt, selber von dessen Stimmungen durchdrungen werden. Aber da sie fortgesetzt in der Partei eine offizielle Stellung einnahmen, an ihren leitenden Institutionen teilnahmen und der offiziellen Tätigkeit der Partei in der Duma, in der Presse, in der Gewerkschaftsbewegung usw. ihre Zustimmung liehen, waren sie in der Praxis genötigt, von der dem reinen Anarchismus ähnelnden „unversöhnlich revolutionären" Taktik abzuweichen, die, von dem Glauben an die Unvermeidlichkeit eines nahen Aufstandes genährt, von den „Kampf"elementen tief und aufrichtig unterstützt wurde. So trat an die Stelle des „Dumaboykotts" die Beteiligung an den Wahlen, an die Stelle der Anschauung, wonach das polizeiliche Vereinsgesetz vom Jahre 1906 von den Sozialdemokraten nicht „anerkannt" werden dürfe — eine Anschauung, die der Ablehnung der legalen Vereinstätigkeit gleichkam —, die stillschweigende Anerkennung, der Notwendigkeit, auf dieses Gesetz gestützt zu arbeiten usw. usw. In der Tätigkeit der „Berufsrevolutionäre" bildete sich ein klaffender Widerspruch heraus zwischen dem, was sie sagten, und dem, was sie in der Praxis taten oder in der Partei sanktionierten. Von dem Bestreben geleitet, diesen Widerspruch vor sich selber und vor ihren Anhängern zu vertuschen, näherten sie sich immer mehr der Taktik, die das Hervortreten der Partei auf dem gefahrvollen offenen Kampfplatz und die Entwickelung der proletarischen Selbsttätigkeit durch die Verstärkung der Machtbefugnisse ihrer Person und ihres Zirkels in und über der Partei zu kompensieren sucht, da sie darin die einzige Rettung vor den Lockungen der „Gesetzmäßigkeit" und des „Parlamentarismus" sieht. Die unausbleibliche Folge dieser Bestrebungen war aber die Verschärfung des alten Wettstreites der Fraktionen, die Komplizierung des Ideenkampfes durch den Kampf der einzelnen Zirkel um die Macht in der Partei, die absichtliche Aufbauschung der taktischen Differenzen, endlich die Sanktionierung des Prinzips „der Zweck heiligt die Mittel", das in der unten angeführten Rede eines der Führer offen für die inneren Parteiverhältnisse proklamiert wurde.*)

Der Kampf um die Macht in der Partei, der objektiv ein Kampf um die weitere Bevormundung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung durch eine Gemeinschaft von „Berufsrevolutionären" war, trug von dem Augenblick an eine verstärkte Demoralisierung in die Partei

*) Siehe Anhang, Beilage II.

hinein, wo die genannten „Berufsrevolutionäre" mit Hilfe bedeutender Geldmittel, über die sie verfügten, die Parteiorganisationen, die Dumafraktion, die Arbeiterpresse usw. in Abhängigkeit von sich zu bringen suchten.

Alle diese Widersprüche traten deutlich zutage, als der Staatsstreich vom 16. Juni 1907 der Uebergangsperiode ein Ende machte, und die grauen Werktage des heutigen pseudo-konstitutionellen Regimes anbrachen. Die organisierte offene Arbeiterbewegung wurde in die engen Rahmen der Gewerkschafts-, Genossenschafts- und Bildungstätigkeit hineingezwängt; für die politische Selbsttätigkeit der Arbeiter standen hauptsächlich die Dumatribüne und andere sogenannte „legale Möglichkeiten" offen, zu denen sich aber die vorgeschrittenen Elemente der Arbeiterklasse erst noch durch hartnäckigen, unablässigen Kampf den Zutritt erobern mußten. Hierauf richtete sich nun die aktive Energie der der Arbeiterbewegung am nächsten stehenden Sozialdemokraten. Ungeachtet der unglaublichen Schwierigkeiten, die ihnen von der äußeren Ungunst der Verhältnisse wie von der Trägheit der an organisierte Selbsttätigkeit nicht gewöhnten Arbeitermassen in den Weg gesetzt wurden, vermochten sie dennoch in dem Rahmen des Staatsstreichregimes einige Oasen der offenen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ins Leben zu rufen, die die vorgeschrittenen Elemente der Arbeiterschaft in organisiertem Zustande erhielten und die Aufrechterhaltung der sozialdemokratischen Tradition in den breiten Massen förderten. Diese Tätigkeit der sogenannten „Legalisten" stieß bei den erhalten gebliebenen Gruppen der „Berufsrevolutionäre", die in den Jahren 1907—1909 vergeblich versuchten, die geheime Parteiorganisation in ihrer alten Form wieder herzustellen, auf äußerstes Mißtrauen. Und das aus begreiflichen Gründen. Denn die „Legalisten" standen objektiv auf dem Boden der neuen Geschichtsperiode: die Revolution von 1905—1906 war zu Ende, und eine neue revolutionäre Krise konnte nur nach neuen Verschiebungen in dem sozialen Kräfteverhältnis eintreten. Die „Berufsrevolutionäre" jedoch nährten noch die Illusion, daß die am 16. Juni 1907 besiegelte Niederlage des Volkes nur eine flüchtige Episode, eine vorübergehende Unterbrechung im Gange der revolutionären Ereignisse sei. Nach wie vor erschien es ihnen deshalb als die dringendste Aufgabe, die Kräfte für eine nahe revolutionäre „Aktion" zu sammeln, und jedes Verweilen der Sozialisten auf solchen Gebieten der menschlichen Tätigkeit, wie Gesetzgebung, Gewerkschaftsbewegung usw., dünkte ihnen nur insofern als zulässig, als es der Anwerbung neuer Rekruten für diese Aktion diente. Sie mußten mit der sogenannten „legalen" Bewegung um so mehr in Konflikt geraten, als die „Legalisten", deren Wirksamkeit sich in einer Periode der ungünstigsten wirtschaftlichen Konjunktur und des Feldgerichtsregimes der ersten Tage der Stolypinschen Aera in einem Milieu terrorisierter Arbeiter abspielte, sich mitunter gezwungen sahen, in ihren Arbeitsmethoden eine besondere Vorsicht und äußere Gemäßigtheit walten zu lassen, die gegen gewisse Traditionen der Berufsrevolutionäre verstießen: so sahen sie sich genötigt, den neutralen Charakter der Gewerkschaften im Sinne ihrer formellen organisatorischen Beziehungen zur Partei, ihre Bereitwilligkeit, der kümmerlichen „Gesetzmäßigkeit" Rechnung zu tragen usw., besonders hervorzuheben, was sie zu den „Berufsrevolutionären" um so mehr in Gegensatz brachte, als die Revolutionsepoche die Tradition geheiligt

hatte, nur die Methoden der „direkten Aktion" des proletarischen Kampfes würdig zu erachten. Die neue Bewegung jedoch entwickelte sich auf dem Boden der politischen Verschiebungen, die der Arbeiterklasse Rußlands gestatten, einen Teil ihres Klassenkampfes mittels der Methoden der „indirekten Aktion": der Teilnahme an den gesetzgebenden Institutionen, des Abschlusses von Tarifverträgen, der systematischen Organisations- und Bildungsarbeit usw., zu führen. Endlich mußten die „Berufsrevolutionäre" mit der „legalen" Bewegung auch deshalb in Konflikt geraten, weil diese Leistungen und Kräfte erforderte, die das alte revolutionäre Milieu nur in äußerst beschränktem Maße zu liefern vermochte: sozialpolitische Kenntnisse, organisatorische Tüchtigkeit, die Fähigkeit, nicht nur einen flüchtigen, sondern einen dauernden Einfluß auf die noch wenig entwickelte Arbeiterschaft zu gewinnen, die nötige Dosis Gewandtheit, um auf dem vulkanischen Boden der russischen „Gesetzmäßigkeit" wirken zu können — alle diese Eigenschaften erwiesen sich in den meisten Fällen als unvereinbar mit jenen besonderen Fähigkeiten der revolutionären Kämpfer, die der jahrzehntelange Kampf gegen den Absolutismus in der demokratischen russischen „Intelligenz" großgezüchtet und der sozialdemokratischen Generation als Erbteil überliefert hatte.

Fügt man hier noch hinzu, daß die „Legalisten", um sich vor den gegen sie vorgebrachten Anschuldigungen zu verteidigen, die negativen Seiten des alten Typs der geheimen Organisation einer heftigen Kritik unterwarfen und hierbei, da sie den Prozeß der Anpassung dieser Organisation an die neuen Bedingungen nicht bemerkten, nicht selten das Kind mit dem Bade ausschütteten; ferner daß ihre Wirksamkeit durch die allgemeine Depression und Verworrenheit, die die Arbeiterklasse und die Demokratie beherrschten, anfangs ungünstig beeinflußt wurde; endlich daß der notgedrungen bescheidene Umfang ihrer Tätigkeit von ihnen selbst mitunter zum Prinzip erhoben wurde, — so begreift man, wie in den am wenigsten entwickelungswilligen Kreisen der alten „Berufsrevolutionäre" und der unter ihrem Einfluß stehenden Arbeiterzirkel die „Legalisten" als „Liquidatoren" der Partei und der Parteitradition, d. h. als die aktiven und verantwortlichen Agenten jenes objektiven geschichtlichen Prozesses betrachtet werden konnten, der für einen bestimmten Zeitraum die alte, zentralisierte Parteiorganisation „liquidierte" und ihre Mitglieder vor die Aufgabe stellte, sie auf Grund der von der neuen Bewegung geschaffenen Bedingungen zu neuem Leben zu erwecken.

Gerade zu der Zeit, wo die „Legalisten" sich vor die Aufgabe gestellt sahen, ihrer sozialdemokratischen Tätigkeit einen organisatorisch und formell abgeschlossenen Parteicharakter zu verleihen,*) zu einer Zeit, wo der Aufschwung der Massenbewegung günstige Bedingungen für die Wiederherstellung der Gesamtpartei geschaffen hatte, erklärten die Vertreter der alten „Berufsrevolutionäre" als notwendige Vorbedingung des Wiederaufbaues der Partei — eine völlige „Abgrenzung" von den „Liquidatoren", d. h. eine endgültige Spaltung der russischen Sozialdemokratie. Mit anderen Worten: in dem Augenblick, wo die angeblichen „Liquidatoren" der Partei in Wirklichkeit an der Wiederherstellung der Partei-

*) Siehe den „Bericht der Petersburger Initiativgruppe der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands". (Anhang, Beilage I.)

organisationmitzuarbeitenanfingen, wurdeihnen der Kampf auf Leben und Tod erklärt — im Namen der „Partei"! Zu derselben Zeit jedoch fingen die „Berufsrevolutionäre", von den alten Arbeitsmethoden schließlich enttäuscht, an, die „neue Bewegung" und ihre Mittelpunkte: die Duma, die legale Presse, die Vereine und Verbände, die öffentlichen Kongresse usw. als Hauptarena der sozialdemokratischen Wirksamkeit anzuerkennen. In den Jahren 1910—11 nehmen die Versuche einer einfachen Wiederherstellung der alten „Parteikomitees" ein Ende, und alle Kräfte der „Berufsrevolutionäre" richten sich von nun ab auf die Okkupierung der Positionen in der offenen Arbeiterbewegung: es werden legale sozialdemokratische Preßorgane gegründet und neue legale Organisationen ins Leben gerufen, es wird versucht, auf die sozialdemokratischen Dumaabgeordneten und die Gewerkschaftssekretäre persönlichen Einfluß zu gewinnen usw. Dies alles geschieht aber lediglich, um die offene Arbeiterbewegung vor dem in ihren jetzigen führenden Elementen angeblich verkörperten „Opportunismus" zu retten, und zwar von dem Gesichtspunkte aus, innerhalb der Arbeiterbewegung und der von ihr geschaffenen Organisationen Gruppen von „zuverlässigen" Sozialdemokraten zu bilden, die als „echte" Parteimitglieder allen anderen gegenübergestellt werden. Dies alles geschieht aus der Ueberzeugung heraus, daß die höheren Interessen der Sozialdemokratie auch in den neuen Formen der Arbeiterbewegung nur mittels einer engen, militaristischen Organisation von Parteigängern des erprobten „Führers", die den Befehlen der außerhalb der Bewegung stehenden Zirkel unterworfen sind, d. h. mittels der Aufrechterhaltung der früheren Bevormundung der Bewegung durch die „Intellektuellen" und die „Literaten" geschützt werden können. Der Geist der Sekte und die Methoden des sozialistischen Sektantentums werden auf diese Weise absichtlich in die erstarkende Bewegung hineingetragen, und der Widerspruch zwischen diesen Methoden und der Bewegung nimmt um so ungeheuerlichere Formen an, als die Vertreter des Sektantentums und die Befürworter der Parteispaltung in der Praxis, d. h. in der Duma, in den Gewerkschaften, in der Tagesagitation usw. dasselbe tun müssen, wie die „Liquidatoren", wie alle Sozialdemokraten, die in der offenen Arbeiterbewegung tätig sind! Unter diesen Umständen verwandelt sich der „Kampf gegen das Liquidatorentum" in einen **Kampf um die Macht in der Partei** in unverfälschter Form, und dieser Kampf um die Macht, der den Wiederaufbau der Partei in seinen Wurzeln untergräbt, hat bereits die Schmach gezeitigt, daß die sozialdemokratische Einigkeit bei der soeben abgeschlossenen Wahlkampagne für die Duma — allerdings nur in Petersburg — von den Spaltungsfanatikern gesprengt worden ist!

Gerade dieser Vorgang, auf den in dem weiter folgenden Artikel über die Dumawahlen näher eingegangen werden soll, kann als das direkte Ergebnis der jahrelangen Hetze gegen die als Parteiverräter gebrandmarkten „Liquidatoren" bezeichnet werden. Während alle der Arbeiterbewegung am nächsten stehenden Sozialdemokraten, ohne Unterschied der Fraktionen, die größten Anstrengungen machten, sämtliche Kräfte der Partei namentlich angesichts der bevorstehenden Dumawahlen zusammenzufassen, wurde die Wahlkampagne von den Spaltungsfanatikern als die günstigste Gelegenheit aufgefaßt, ihren Kampf

um die Macht in der Partei mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu Ende zu führen. Zu diesem Zweck faßte die von der Leningruppe einberufene Konferenz im Januar 1912 den Beschluß, die „Liquidatoren" außerhalb der Partei zu erklären und bei den Wahlen in der Arbeiterkurie keinerlei Vereinbarungen mit ihnen zu treffen. Allerdings war dieser Beschluß zunächst nicht ernst zu nehmen, da die übergroße Mehrheit der Partei — die „nationalen" Organisationen wie zahlreiche russische Gruppen und Organisationen — die Beschlüsse der Januarkonferenz für sich als nicht bindend erklärte, den auf der Konferenz gewählten Zentralinstanzen („Zentralkomitee" und Redaktion des „Zentralorgans") die Anerkennung versagten und gegen die Usurpierung des Namens der Gesamtpartei durch eine Minorität öffentlich Protest erhoben.*) Als aber die von den Spaltungsfanatikern ins Leben gerufenen legalen Preßorgane („Swesda", „Prawda" usw.) — entgegen den Versprechungen, die z. B. von der am meisten verbreiteten „Prawda" anfangs abgegeben wurden — ihr Hauptaugenmerk auf die Spaltung der Wahlkampagne richteten, war die reale Gefahr nahegerückt, dem Ansturm der feindlichen Parteien während der Wahlen in zersprengter Phalanx gegenüberstehen zu müssen. In diesem Kampfe, der auf seiten der „Unversöhnlichen" mit einer unerhörten Erbitterung geführt wurde, gelangte namentlich jene gehässige Art der Polemik zur Entfaltung, die durch das Hineintragen der rücksichtslosen Formen des Klassenkampfes in die inneren Parteibeziehungen charakterisiert wird. Wie diese „vereinfachten" Marxisten in ihrer Polemik gegen den bürgerlichen Liberalismus sämtliche Richtungen des Bürgertums als eine reaktionäre Masse behandeln und den Kampf gegen die Reaktion durch den Kampf gegen die halbdemokratische bürgerliche Opposition ersetzen, vertauschen sie heimlich — diesmal mit bewußter demagogischer Berechnung — den Kampf gegen den bürgerlichen Liberalismus durch den Kampf gegen die sog. „Liquidatoren", die zu diesem Zweck als „Opportunisten", „Liberale" usw. erklärt werden. Dank dem Widerstande, den der Spaltungsgedanke bei der übergroßen Mehrheit der in der Bewegung stehenden Genossen und vor allem bei den Arbeitermassen fand,

---

*) Genosse Plechanow, einer der beiden Vertreter der russischen Sozialdemokratie im Internationalen Sozialistischen Bureau, schrieb darüber am 27. März 1912 an das J. S. B.: „Es ist Tatsache, daß die Konferenz ... bloß die Delegierten einer einzelnen, wenn auch ziemlich zahlreichen Richtung unserer Partei versammelt hat. Ebenso ist es unbestreitbar, daß, indem sie die Vollmachten der ganzen Partei sich zuschrieb, sie eine Handlung beging, die sehr leicht zu einer Spaltung führen kann, was natürlich sehr traurig wäre. Die Spaltung ist desto wahrscheinlicher, als alle diejenigen Organisationen, die an der Konferenz nicht teilgenommen haben — und diese bilden die große Mehrheit — eine andere vorbereiten. Findet diese statt, so ist die Spaltung vollzogen."

In ähnlichem Sinne wie hier wurde die Konferenz der Lenin-Richtung, nachdem deren „Zentralkomitee" versucht hatte, die Internationale durch einen falschen Bericht zu täuschen, in der deutschen (und danach auch in der belgischen, schwedischen, schweizerischen und englischen) Parteipresse bewertet. Diese Wertschätzung konnte durch das von der Redaktion des Leninschen „Zentralorgans" herausgegebene Pamphlet „Der Anonymus aus dem „Vorwärts" und die Sachlage in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands" (Paris 1912) keineswegs verbessert werden.

wurde die Gefahr der Doppelkandidaturen überall, mit Ausnahme der Arbeiterkurie in Petersburg, vermieden. Ueberall, im ganzen Reiche, gingen die Sozialdemokraten ohne Unterschied der Richtungen Schulter an Schulter gegen die feindlichen Parteien vor; und selbst in Petersburg, wo die Gefahr der Doppelkandidaturen auch in der 2. städtischen Kurie bestand, war die einmütige Forderung der Arbeitermassen nachdrücklich genug, um eine Einigung kurz vor den Wahlen herbeizuführen. . .

Die objektiven Bedingungen der russischen Wirklichkeit sind es, die allen Sozialdemokraten Rußlands im Grunde genommen dieselben Kampfmethoden diktieren und das Streben nach Einigkeit in der Partei gebieterisch aufzwingen. Diese Einigkeit, ohne die die Wiedergeburt einer starken Parteiorganisation undenkbar ist, bricht sich, allen Traditionen und Vorurteilen des Sektantentums zum Trotz, allmählich Bahn.

* * *

# Bericht über die Konferenz im August 1912.

## Einigungsversuche.

Die Konferenz der Organisationen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands vom August 1912, die dem Einigungsbedürfnis aller sozialdemokratischen Kräfte entsprang, kann als das Ergebnis einer großen Vorarbeit bezeichnet werden.

Der elementare Zerfall der alten Parteiorganisation unter den Schlägen der Gegenrevolution stellte die vorgeschrittenen Elemente der Sozialdemokratie seit 1909 vor die immer dringender werdende Aufgabe: die lebensfähigen Elemente der alten Partei zusammenzufassen und sie durch die Praxis der neuen Formen der Arbeiterbewegung zu befruchten.

Der Versuch des alten Zentralkomitees der Gesamtpartei vom Januar 1910, das Band der ideellen und organisatorischen Entwickelung der Partei mittels einer Vereinbarung der Vertreter der verschiedenen Fraktionen neu zu knüpfen, führte nicht zu den erwünschten Ergebnissen: es gelang dem Zentralkomitee nicht einmal, an die Einberufung einer Konferenz der Gesamtpartei heranzutreten; außerstande, sich in jener Periode des äußersten Zerfalls der Bewegung auf die Masse der Parteigenossen zu stützen, zerfiel das Zentralkomitee infolge des gegenseitigen Mißtrauens und der inneren Reibungen, wobei die Lenin-Gruppe die Fahne „zweier Parteien" hißte und unter dieser Fahne die unversöhnlichsten und spaltungsfreudigsten Elemente der früheren bolschewistischen Fraktion mobilisierte.

Da mit der Bildung der Leninschen Organisationskommission zur Einberufung einer Konferenz der organisatorische Zusammenhang der verschiedenen Teile der Partei endgültig zerrissen war, da ferner eine zentrale Parteiinstanz nicht bestand, während die örtlichen Organisationen des russischen Teiles der Partei zu schwach und zu unentwickelt waren, um die Einigung der Partei in ihre Hände zu nehmen, sahen sich die Zentralinstanzen der „nationalen" und Grenzmarkorganisationen naturgemäß veranlaßt, die Initiative für die Einberufung einer allgemeinen Parteikonferenz zu ergreifen.

Das Zentralkomitee der Sozialdemokratie Lettlands berief im Januar 1912 in einer Stadt Rußlands eine Konferenz ein, zu der eingeladen wurden: das Zentralkomitee des „Jüdischen Arbeiterbundes in Litauen, Polen und Rußland" („Bund"), das kaukasische Landeskomitee, der Vorstand der Sozialdemokratie Polens und Litauens und die russische Organisationskommission der Lenin-Richtung. Die letztere beantwortete die Einladung überhaupt nicht und sanktionierte hierdurch den völligen Bruch des Teiles der russischen Sozialdemokratie, den Lenin um sich zu gruppieren versucht, mit dem sozialdemokratischen Proletariat Lettlands, Litauens, Polens wie mit der kaukasischen und jüdischen Arbeiterklasse. Was den Vertreter des polnischen Parteivorstandes betrifft, so stellte er während der Beratung die Ultimativforderung, daß aus dem Organisationskomitee wie von der künftigen Konferenz ausgeschlossen werden sollte die „Liquidatoren"-Richtung in der Partei in Gestalt der sogenannten Initiativgruppen, wodurch den der polnischen Sozialdemokratie nahestehenden Gruppen — unabhängig von ihrer realen Bedeutung in der Arbeiterbewegung — von vornherein die Majorität sichergestellt werden sollte. Da die übrigen Teilnehmer der Beratung es einmütig ablehnten, bei der Einberufung der Parteikonferenz irgendeinen fraktionellen Zensus aufzustellen, verließ der Vertreter der polnischen Sozialdemokratie die Sitzung, worauf der grundlegende Kern des Organisationskomitees gebildet wurde aus den Vertretern des „Bundes", der Sozialdemokratie Lettlands und des kaukasischen Landesverbandes. Dieser Kern wurde durch einflußreiche, aktive russische Parteigenossen ergänzt, die verschiedenen Richtungen in der Partei angehörten und mit den lokalen Parteiorganisationen und -gruppen in Verbindung standen. Die Vorarbeiten für die Konferenz (das Bereisen der örtlichen Organisationen, die Erstattung von Berichten, die Beseitigung des im Laufe der jahrelangen Fraktionskämpfe angesammelten gegenseitigen Mißtrauens usw.) nahmen 8 bis 9 Monate in Anspruch.

## Die politische Belebung und die Verfolgungen.

Während dieser Zeit trat in der Arbeiterbewegung selbst ein entscheidender Umschwung ein.

Der wirtschaftliche Aufschwung, dessen erste Anzeichen schon Ende 1909 hervortraten, hatte — nach einer schweren zehnjährigen Krise — zu einer Periode der Prosperität in Handel und Industrie geführt. Die Nachfrage nach Arbeitshänden stieg immer höher, die wirtschaftlichen Positionen des Proletariats festigten sich und die Ausbreitung seiner Streikbewegung kennzeichnete den Anbruch einer neuen Aera in der Arbeiterbewegung Rußlands.

Diese Belebung beantwortete die Regierung mit einem heftigen Vernichtungsfeldzug gegen die Arbeiterorganisationen und der Massakrierung der friedlichen Streikteilnehmer an der Lena, die selbst für Rußland ein außergewöhnliches Ereignis darstellte. Das blutige Verbrechen des Zarismus weckte unter den Arbeitern einen Entrüstungssturm, der die Form von eintägigen Proteststreiks mit Hunderttausenden von Teilnehmern annahm. Unter dem Einfluß dieser Vorgänge nahm die Maifeier in Rußland einen Umfang an, den sie seit der Revolution nicht gehabt hatte: in Petersburg allein traten am 1. Mai 150 000 bis 200 000 Arbeiter in den Ausstand!

Die Streikwelle vom April und die gewaltige Maifeier schufen eine günstige Atmosphäre für die politische Tätigkeit der Partei. Andererseits jedoch wirkte die politische Belebung auf die Vorarbeiten für die Konferenz ungünstig zurück. Die Administration stürzte sich mit ihren Repressalien auf die Arbeiter, indem sie einerseits alle irgendwie früher „kompromittierten" Leute verhaftete, andererseits die vorgeschrittenen Arbeiter verfolgte, die sich während des Streiks im April und Mai hervorgetan hatten. Auf diese Weise war das unmittelbare Ergebnis der politischen Belebung, daß eine Reihe örtlicher Organisationen in Nikolajew, Odessa, Jekaterinoslaw, Sebastopol, Charkow, Kiew, zum Teil auch in Petersburg usw., wenn auch nur vorübergehend und oberflächlich zerstört wurden. Derselbe Aufschwung der Bewegung schuf natürlich auch die Bedingungen für den Wiederaufbau der Organisationen auf ungleich breiteren Grundlagen; da aber die herannahenden Wahlen einen weiteren Aufschub der Konferenz nicht gestatteten, fielen gerade die intensivsten Vorarbeiten für die Konferenz in eine Zeit, wo die erste Welle der Belebung verschwunden und die Mehrzahl der leitenden örtlichen Organisationen und Hunderte der tüchtigsten Parteigenossen fortgeschwemmt waren.

In der Mai-Sitzung des Organisationskomitees wurde der Beschluß gefaßt, allen bedeutenden sozialdemokratischen lokalen Gruppen, die das Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands anerkannten und aktiv an der Parteiarbeit teilnahmen, die Vertretung auf der Konferenz einzuräumen; war an einem Orte eine starke Minorität vorhanden, so erhielt sie auf Wunsch eine selbständige Vertretung. Petersburg erhielt das Recht, drei Delegierte zu entsenden. Den Redaktionen sämtlicher sozialdemokratischer Organe, in Rußland wie im Auslande, wurde das Recht gewährt, ihre Vertreter mit beratender Stimme auf die Konferenz zu entsenden. Auf derselben Sitzung des Organisationskomitees wurde, ungeachtet der erwähnten ungünstigen Bedingungen, ein bestimmter Zeitpunkt für die Einberufung der Konferenz festgesetzt.

## Die Zusammensetzung der Konferenz.

Nachstehend sind, soweit möglich, genaue ziffernmäßige Angaben über die Stärke der Organisationen angeführt, die auf der Konferenz vertreten waren, oder die an den Vorarbeiten und der Wahl der Delegierten teilgenommen hatten und nur infolge polizeilicher Hindernisse von der Konferenz fernblieben. Die angeführten Zahlen, die den Protokollen der Mandatskommission und den Berichten der Delegierten und der Mitglieder des Organisationskomitees entnommen sind, können durch ihren mehr als bescheidenen Umfang unsere westeuropäischen Genossen und namentlich die deutschen Genossen in Erstaunen versetzen. So nahmen zum Beispiel an der Wahl der drei Petersburger Delegierten (einer von ihnen wurde vor der Konferenz verhaftet) insgesamt nur 250 Personen teil, während die Tagesordnung der Konferenz daselbst von zirka 1000 Parteigenossen erörtert wurde. Diese Zahlen sind natürlich äußerst gering, es wäre aber ein gewaltiger Irrtum, wollte man die Stärke der Sozialdemokratie in der russischen Hauptstadt an ihnen messen. Die Stärke einer „illegalen" Organisation muß natürlich anders gemessen werden, als die einer in aller Oeffentlichkeit bestehenden. Ihrem ganzen Wesen nach kann eine Geheimorganisation nur

die leitende Minorität umfassen und muß die breiten Kreise der Arbeiter, die politisch untrennbar mit der Sozialdemokratie verknüpft sind, außerhalb ihrer Grenzlinien lassen. So stehen zwischen den 250 Arbeitern, die an den Delegiertenwahlen für die Konferenz teilnahmen, und den 150 000, die auf die Aufforderung der Sozialdemokratie hin am 1. Mai in Petersburg feierten, viele Tausende von Arbeitern, die bei weniger asiatischen politischen Bedingungen selbstverständlich der Parteiorganisation angehören würden. Alle diese Tatsachen müssen bei der Einschätzung der nachstehenden Angaben fortwährend im Auge behalten werden.

**Petersburg.** Hier wurden drei Delegierte für die Konferenz gewählt, von denen zwei an den Tagungen teilnahmen. Die Wahlen wurden auf den Vorschlag der zentralen Initiativgruppe vorgenommen, die, im Januar 1911 entstanden, ihre Untergruppen in sieben Bezirken (Rayons) besitzt und insgesamt zirka 100 aktive Mitglieder zählt. In Ermangelung regelmäßiger Beitragszahlungen ist die Mitgliedsfrage nicht generell entschieden. Die Tagesordnung der Konferenz wurde auf einer Reihe von Versammlungen erörtert, an denen mindestens 1000 Arbeiter verschiedener sozialdemokratischer Richtungen („Liquidatoren", Bolschewiks, Menschewiks u. a.) teilnahmen. Die Delegiertenwahl war zweistufig. Die Initiativgruppe stellte die Kandidaten auf, die bestätigt wurden: 1. von 9 Bevollmächtigten der Bezirksgruppen, 2. von den sozialdemokratischen Gruppen in den Gewerkschaften und Klubs, 3. von einer Gruppe von Schriftstellern menschewistischer Richtung. Insgesamt nahmen an der Delegiertenbestätigung zirka 250 Personen teil.

Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß sich nach dem Bericht des Leninschen „Zentralkomitees" an den Wahlen für die Januarkonferenz dieser Richtung insgesamt 110 Personen in Petersburg beteiligt haben. Vor den Wahlen für die Augustkonferenz (des Organisationskomitees) war eine abgeschlossene Organisation der Lenin-Richtung in Petersburg nicht vorhanden.

**Moskau.** Anwesend waren zwei Delegierte, einer mit beschließender, der andere mit beratender Stimme. Der erste war gewählt von der Moskauer Initiativgruppe, die in ihrer Mehrzahl aus Bolschewiks besteht, aber auch Menschewiks in ihren Reihen zählt. Diese Organisation entstand im Januar 1912 und vereinigte eine Reihe von Gruppen, die bis dahin abgesondert voneinander gearbeitet hatten. Da dieser Sammlungsprozeß nicht vollendet ist, erachtet die Organisation es als verfrüht, den Namen des Moskauer Komitees anzunehmen. Der Initiativgruppe gehören an: je 2 Vertreter von 4 Bezirksgruppen (diese letzteren sind nicht gewählt und zählen je 30 bis 50 Mitglieder in ihren Reihen), ferner die Vertreter der sozialdemokratischen Schriftsetzer, Bäcker, Schneider usw. Insgesamt zählt die Initiativgruppe 20 Vertreter, ihre Exekutivkommission besteht aus 5 Personen. Die Mitgliedsfrage ist nicht geregelt, da Beiträge fehlen. Werden diejenigen als Mitglieder gezählt, die die Parteiversammlungen mehr oder weniger regelmäßig besuchen, so kommt man auf insgesamt 400 Mitglieder. Die Tagesordnung der Konferenz wurde in der Initiativgruppe erörtert, die auch den Delegierten wählte.

Die zweite Moskauer Initiativgruppe (menschewistischer Richtung) besteht aus dem menschewistischen Teil des vereinigten Wahlkomitees und der sozialdemokratischen Gruppe in einer legalen Gesellschaft; ferner unterhält sie Verbindungen mit den Klubs und einem wichtigen gewerkschaftlichen Unternehmen. Außerstande, dem Wunsche des Organisationskomitees nachzukommen und einen eigenen Delegierten zur Konferenz zu entsenden, betraute die Gruppe mit ihrem Mandat den Genossen Martow, dem die Konferenz im Einverständnis mit seinem diesbezüglichen Antrag eine beratende Stimme gab.

Die oben gekennzeichnete bolschewistische Gruppe ist aus der entstanden, die an der Januarkonferenz der Lenin-Richtung teilnahm und im großen und ganzen ihre politischen Beschlüsse akzeptierte. Da sie aber die Ueberzeugung gewann, daß diese Konferenz in organisatorischer Beziehung ergebnislos ge-

blieben war, schloß sie sich dem Organisationskomitee an. (An den Wahlen für die Leninsche Konferenz hatten seinerzeit nach dem Bericht des Delegierten, eines angesehenen bolschewistischen Arbeiters, 7 Personen teilgenommen.)

**Jekaterinoslaw.** Sämtliche sozialdemokratischen Organisationen und Gruppen vereinigten sich zur gemeinsamen Führung der Wahlkampagne und schlossen sich dem Organisationskomitee an. Es wurde eine allgemeine städtische Konferenz einberufen, die den Delegierten für die Parteikonferenz nominieren sollte; die Massenverhaftungen verhinderten aber die Vornahme der Wahlen.

**Donetzki-Bergbaurayon.** Hier fand eine Beratung der Vertreter von fünf Ortschaften des Rayons statt, in denen eine sozialdemokratische Agitation geführt wird. Die Beratung wählte einen Delegierten für die Parteikonferenz, aber infolge der polizeilichen Vernichtung des Parteibureaus in Jekaterinoslaw war der Delegierte der technischen Möglichkeit beraubt, auf der Konferenz zu erscheinen.

**Charkow.** Nachdem der Vertreter des Organisationskomitees hier einen Bericht erstattet hatte, wählte die örtliche Initiativgruppe einen Delegierten, der aber aus unabhängigen Gründen auf der Konferenz nicht erschien.

**Südrußland.** An den Parteiversammlungen in Odessa, in denen der Vertreter des Organisationskomitees Bericht erstattete, nahmen mehr als 100 Personen Anteil. Sämtliche Gruppen, auch die der Lenin-Richtung nicht ausgenommen, standen der Konferenz sympathisch gegenüber. Es wurde der Beschluß gefaßt, die Delegierten für die Parteikonferenz auf der südrussischen Gaukonferenz zu wählen. Zu diesem Zweck wurde ein südrussisches Bureau gegründet, dem die Vertreter sämtlicher Richtungen, von den Liquidatoren bis zu den Leninianern angehörten. An der südrussischen Gaukonferenz sollten neben Odessa auch Nikolajew, Kiew und die Krim teilnehmen. Die Organisation in Nikolajew hatte einige Monate früher zirka 200 Mitglieder besessen (von denen 10 ohne Wissen der Organisation einen Delegierten auf die Lenin-Konferenz entsandt hatten), aber kurz vor den geschilderten Ereignissen war sie vollkommen zertrümmert worden und konnte deshalb an den Vorarbeiten für die Gaukonferenz nicht teilnehmen. Die Organisation in Kiew war für die Teilnahme an der Gaukonferenz, forderte aber den Ausschluß der „Liquidatoren" (das war übrigens die einzige lokale Organisation, die eine derartige Forderung aufstellte!). Für die südrussische Gaukonferenz wurden gewählt: 3 Delegierte in Kiew, ferner einige in Eupatoria, Theodosia und Kertsch. Wegen der polizeilichen Verfolgungen fand die Gaukonferenz nicht statt. An der Parteikonferenz nahm lediglich (mit beratender Stimme) teil ein Mitglied des südrussischen Bureaus.

**Sebastopol.** Die Sebastopoler sozialdemokratische Militärorganisation besteht seit Ende 1910. Regelmäßig zahlende Mitglieder 58 (28 Arbeiter, 30 Militärs). Die leitende Gruppe besteht aus 6 Personen. Die Tagesordnung der Konferenz wurde auf einer Versammlung von 37 Mitgliedern beraten, die einen Delegierten wählte, der an der Konferenz mit beschließender Stimme teilnahm.

Kurz vor der Konferenz hatte bekanntlich eine stürmische Bewegung in der Sebastopoler Kriegsmarine stattgefunden. Auf einem Matrosenmeeting, das mehr als 1000 Teilnehmer zählte, wurde die Frage eines „Aufstandes" offen erörtert. Die sozialdemokratische Organisation wandte alle Kräfte auf, um die Menge vor unbedachten, unzweckmäßigen Schritten zurückzuhalten und trug einen vollen Erfolg davon. Dies hinderte die örtlichen Behörden natürlich nicht, drei Mitglieder der Sebastopoler Militärorganisation: ... hinzurichten.

**Verband der Schiffsmannschaften des Schwarzen Meeres.** Diese Vereinigung stellt einen (natürlich geheimen) gewerkschaftlichen Verband der Handelsmatrosen des Schwarzen Meeres dar. Der Verband ist im November 1911 gegründet, zählt 1200 bis 1500 Mitglieder und hat im Laufe eines halben Jahres 12 Nummern des gewerkschaftlich-politischen Organs „Morjak" (Seemann) herausgegeben. Das monatliche Budget des Ver-

bandes beläuft sich auf 800 bis 1000 Mk. Zum Verband gehören zirka 50 Sozialdemokraten. Die sozialdemokratischen Elemente des Vorstandes entwarfen eine Resolution über die Teilnahme an der Konferenz und an der Wahl eines Delegierten. Dieser Resolution schlossen sich auf den Schiffen mehr als 30 Personen an. Die Tagesordnung konnte aus technischen Gründen nicht gemeinsam erörtert werden. Der Gesamtvorstand des Verbandes, unterstützt von den Mannschaften einiger Schiffe (der Minorität — die übrigen vermochten sich darüber nicht zu äußern, erhoben aber keinen Protest), ermächtigte den von den Sozialdemokraten gewählten Delegierten, den Verband als Ganzes zu vertreten, und zwar mit beratender Stimme. Der Delegierte nahm an der Konferenz mit beschließender Stimme teil.

**Wilna.** Neben den Organisationen des jüdischen Arbeiterbundes und der Litauischen Sozialdemokratie besteht hier eine Organisation des russischen Teiles der Partei. Sie hatte sich kurz vor der Konferenz der Lenin-Richtung rekonstruiert und an ihr teilgenommen (für den Delegierten hatten etwa 10 Personen gestimmt). Da aber die Organisation die Ueberzeugung gewann, daß die Lenin-Konferenz außerstande sei, eine leitende Parteiinstitution in Rußland ins Leben zu rufen, beschloß sie, an der vom Organisationskomitee einberufenen Konferenz teilzunehmen. An der Wahl der Delegierten nahmen 95 Mitglieder in Wilna und Smorgon teil. — Der Delegierte langte zu spät auf der Konferenz an; nach Kenntnisnahme ihrer Beschlüsse gab er ihnen seine Zustimmung.

**Krasnojarsk** (Sibirien). Die hier bestehende Organisation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands wurde Mitte 1911 gegründet. Regelmäßig zahlende Mitglieder 40—50. An der Spitze der Organisation steht eine leitende Gruppe. Die Tagesordnung der Konferenz wurde auf einer Versammlung von 27 Mitgliedern erörtert; an der Wahl der Delegierten beteiligten sich 48 Mitglieder. Auch die Gruppe der Eisenbahner (9 Personen) betraute den Delegierten mit ihrer Vertretung. Der Delegierte nahm an der Konferenz mit beschließender Stimme teil.

**Baku.** Hier existiert seit 1904 eine Parteiorganisation, die seit dem Frühjahr 1911 beide Richtungen (die bolschewistische und die menschewistische) vereinigt. Sie zählt 15 Bezirksgruppen und 170 zahlende Mitglieder. An der Spitze der Organisation steht eine leitende Gruppe. Die Tagesordnung der Konferenz wurde mehrfach auf den Versammlungen erörtert. Die Wahlen des Delegierten waren dreistufig: die Bezirke wählten je einen Vertrauensmann, die im Verein mit der leitenden Gruppe 5 Genossen wählten, die einstimmig den Delegierten nominierten. (Der Delegierte für die Lenin-Konferenz war hier von 5 Personen gewählt worden, und zwar ohne Wissen der Organisation, die seinerzeit dagegen einen Protest veröffentlichte.)

**Kaukasischer Landesverband.** Dem seit 1903 bestehenden Verband gehören alle kaukasischen Parteiorganisationen an. Auf der Landeskonferenz im Juni 1912 nahmen die Delegierten von Baku, Tiflis, Kutais, Poti, Suchum, Gurien, Gori und Tchiatury mit insgesamt 1300 zahlenden Mitgliedern teil. Die Tagesordnung der Parteikonferenz wurde in den örtlichen Organisationen wie auf der Landeskonferenz erörtert. Nachdem die Landeskonferenz eines ihrer Mandate der Organisation von Baku abgetreten hatte (siehe oben), delegierte sie zwei Mitglieder des Landesverbandes auf die Konferenz und übergab das vierte Mandat dem Genossen Paul Axelrod.

**Sozialdemokratie Lettlands.** Diese seit 1895 ununterbrochen bestehende Organisation zählt zurzeit 2500 regelmäßig zahlende Mitglieder. Die Tagesordnung der Konferenz wurde auf einer ganzen Reihe von Mitgliederversammlungen, wie auf der Rigaer städtischen Konferenz (Generalversammlung) und der Konferenz der ländlichen Organisationen erörtert. Diese Konferenzen, von denen auf der ersten 1600 Mitglieder und auf der zweiten 900 Mitglieder vertreten waren, entsandten je 2 Delegierte auf die Parteikonferenz (eines der beiden Rigaer Mandate wurde dem Redakteur des Zentralorgans „Zihna", dem Genossen Braun, übergeben). Der fünfte Delegierte (mit beratender Stimme) wurde vom Zentralkomitee der Sozialdemokratie Lettlands entsandt.

**Allgemeiner jüdischer Arbeiterbund in Litauen, Polen und Rußland** („**Bund**"). Diese Organisation war ebenso wie die beiden vorhergehenden durch 4 Delegierte mit beschließender Stimme auf der Konferenz vertreten. Der „Bund" existiert ununterbrochen seit 1897. Mangels regelmäßiger Beitragszahlungen trägt die Frage der Mitgliedschaft einen etwas ungeklärten Charakter. Die Delegierten wurden auf der Ende Juni stattgefundenen 9. Konferenz des „Bundes" gewählt, die die Haltung des Organisationskomitees einstimmig guthieß. Auf dieser Konferenz waren 13 Delegierte der örtlichen Organisationen anwesend, zum Teil entsandt von den Organisationen in Warschau, Lodz, Wilna, zum Teil gewählt auf den vier Gaukonferenzen des „Bundes", auf denen folgende Orte vertreten waren: Riga, Dwinsk, Kowno, Bjalostok, Grodno, Minsk, Bobruisk, Pinsk, Homel, Odessa, Kiew, Jekaterinoslaw, Berditschew, Shitomir u. a. Die Delegation des „Bundes" vertrat also 27 Organisationen und Gruppen, deren leitende Instanzen 475 Mitglieder zählen. Auf allen genannten Konferenzen wurde die Tagesordnung der Parteikonferenz erörtert.

**Spilka** (Ukrainische Parteiorganisation). Aus dem Bericht des Delegierten dieser Organisation geht hervor, daß das Provinzbureau der „Spilka", das mit ihrem Auslandskomitee in ständiger Fühlung steht, Verbindungen unterhält in einer Reihe von Ortschaften der Gouvernements Kiew, Wolhynien und Podolien. Infolge technischer und finanzieller Schwierigkeiten konnte der Delegierte aus Rußland nicht eintreffen. Anwesend war mit beratender Stimme der Vertreter des Auslandskomitees.

**Polnische Sozialistische Partei** (P. P. S., linker Flügel). Diese Organisation gehört formell nicht zur sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands. Aber nachdem sich die P. P. S. nach den Revolutionsjahren von den nationalistischen Ideologien und der separatistischen Taktik befreit hat, repräsentiert sie eine der beiden sozialdemokratischen Fraktionen in der polnischen Arbeiterbewegung. Auf ihrem im Sommer 1912 stattgefundenen 11. Parteitag waren anwesend: 8 Delegierte aus Warschau, 1 von den Warschauer Vororten, 9 aus Lodz, 1 aus Tomaschow, 1 aus Pabianicz, 3 aus Dombrowo, 1 aus Radom, 1 aus Ljublin, 1 aus Czenstochau; außerdem konnten 12 Delegierte aus technischen Gründen nicht auf dem Parteitage erscheinen. Die Berichte der Delegierten zeigen ein bedeutendes Wachstum der Organisationen in der letzten Zeit: so gehören den städtischen, Bezirks- und Fabrikkomitees in Warschau 150 und in Lodz nebst Vororten 300 Mitglieder an. Das Zentralorgan der Partei, „Robotnik", wird in Warschau und Lodz in je 800, in den kleineren Orten in 400, 200 usw. Exemplaren vertrieben. — Die 4 Delegierten der P. P. S. waren auf der Konferenz als Gäste anwesend, jedoch wurde ihnen das Recht eingeräumt, an den Debatten teilzunehmen.

**Sozialdemokratische Partei Litauens.** Ebenso wie die vorhergehende Organisation gehört sie der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands formell nicht an. Ihre Tätigkeit erstreckt sich auf die Gouvernements Kowno, Grodno und einen Teil des Gouvernements Suwalki. Ihr Delegierter nahm an der Konferenz auf derselben Grundlage teil, wie die Delegation der P. P. S.

Mit beratender Stimme nahmen ferner an der Konferenz teil:

Zwei Mitglieder des Organisationskomitees, die unmittelbar vorher aus Rußland angelangt waren. (Zwei weitere Mitglieder des O.-K., die an der Konferenz teilnahmen, gehörten der Delegation des „Bundes" und der Kaukasier an.)

Ein Vertreter der Arbeiterzeitung „Prawda" (Wien).

Ein Vertreter der Gruppe „Wperjod".

Ein Vertreter des in Paris erscheinenden Organs „Golos Sozialdemokrata".

Ein Vertreter eines sozialdemokratischen Organs in Rußland. (Ein zweites sozialdemokratisches Organ in Rußland hatte den Genossen Paul Axelrod mit seinem Mandat betraut.)

Das Zentralbureau der Auslandsgruppen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands konnte keinen Delegierten entsenden und begnügte sich mit einem Begrüßungsschreiben und der Zustellung seines Tätigkeitsberichtes.

Berichte, kurze Mitteilungen und Begrüßungsschreiben waren ferner eingegangen von den Organisationen und Gruppen in Melitopol, Simferopol, Wladimir, Tschernigow, Zaritzyn, Donetz-Rayon, Bachmut, Mytischtschi, dem Provinzbureau der „Spilka" u. a.

Insgesamt waren auf der Konferenz anwesend: 18 Delegierte mit beschließender, 10 mit beratender Stimme und 5 Gäste mit dem Rechte, an den Debatten teilzunehmen.

Ihrer Fraktionszugehörigkeit und ihren Richtungssympathien nach verteilten sich die Delegierten wie folgt:

Beschließende Stimmen:

9 nichtfraktionelle (darunter 4 Bundisten und 3 lettische Sozialdemokraten),
5 Menschewiks (darunter 2 „Liquidatoren"),
4 Bolschewiks (darunter auch der Wilnaer Delegierte),
1 Menschewik der Plechanow-Richtung.

Beratende Stimmen:

8 nichtfraktionelle,
5 Menschewiks,
1 Bolschewik,
1 Menschewik der Plechanow-Richtung.

* * *

Ehe wir zu den Ergebnissen der Konferenz übergehen, müssen wir zu den obenangeführten Angaben über die Zusammensetzung der Konferenz folgendes bemerken:

Wir sahen oben, daß die Lenin-Richtung alle Verbindungen mit den sogenannten „nationalen" Organisationen abgebrochen hat — und das zu einer Zeit der wütendsten nationalistischen Hetze der Regierung und der bürgerlichen Parteien. Abgesehen von der von inneren Zwistigkeiten zerrütteten „Sozialdemokratie Polens und Litauens", die ihr traditionelles Bündnis mit Lenin gelöst hat und zurzeit abseits von dem russischen Parteileben steht, haben alle anderen „nationalen" und Grenzmarkorganisationen, wie bereits erwähnt, an der Augustkonferenz lebhaften Anteil genommen, die einen (die Sozialdemokratie Lettlands, der Bund und der Kaukasische Landesverband) als ihre vollberechtigten Mitglieder, die anderen (die P. P. S. und die Sozialdemokratie Litauens) als „Gäste", die zwar formell noch nicht zur Partei gehören, aber in steter politischer Fühlung zu ihr stehen.

Diese Tatsache ist für die Beurteilung der Kämpfe in der Sozialdemokratie Rußlands von enormer Bedeutung. Die Erkenntnis des grundsätzlichen Inhaltes dieser Kämpfe bietet — wie bereits im Vorwort hervorgehoben — für die westeuropäischen Sozialisten keineswegs unüberwindliche Schwierigkeiten. Aber — wir geben diese äußerst bedauerliche Tatsache unumwunden zu — es erscheint unseren westeuropäischen Genossen zweifelhaft, ob sie der rein tatsächlichen, quantitativen Seite unserer Behauptungen Glauben schenken dürfen, denen Lenin direkt zuwiderlaufende Behauptungen entgegensetzt, indem er (in deutscher Sprache!) sogar die Existenz derselben Gegner leugnet, deren Bekämpfung seine sämtlichen Schriften in russischer Sprache gewidmet sind.

Würden aber die von Lenin bekämpften Elemente, die nach unserer Behauptung die übergroße Mehrheit der Sozialdemokratie Rußlands

bilden, in Wirklichkeit unbedeutend und schwach sein, so wäre es unbegreiflich, weshalb die „nationalen" Organisationen, die an dem Fraktionskampfe keinen unmittelbaren Anteil nehmen, sich gerade diesen Elementen angeschlossen haben, im Verein mit ihnen von Lenin bekämpft werden und Hand in Hand mit ihnen für die Einigkeit der Sozialdemokratie kämpfen. Daß die in Rußland wirkenden „nationalen" Organisationen über den wirklichen Stand der Dinge genügend unterrichtet sind und stets aus eigener Anschauung zu beurteilen vermögen, wer und wie in dem russischen Teile der Partei tätig ist, ist ohne weiteres klar. Und wenn diese „nationalen" Organisationen sich entschieden weigerten, Lenin Gefolgschaft zu leisten, wenn sie ihre Wirksamkeit mit der letzten Konferenz im August d. J. verknüpft haben, so beweist das am besten, daß sie hier die Gegenwart und die Zukunft der Sozialdemokratie Rußlands gefunden haben.

## Die Konstituierung der Konferenz.

Angesichts der komplizierten Verhältnisse des russischen Parteilebens gewann die Frage der Konstituierung der Konferenz eine enorme Bedeutung. Die Januarkonferenz der Lenin-Richtung, die fast ausschließlich aus den Anhängern einer Richtung in dem russischen Teile der Partei bestand,*) und die fast keine organisatorischen Spuren hinterließ, konstituierte sich seinerzeit als die souveräne allrussische Konferenz der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands. Diese Handlungsweise entsprach vollkommen den Zielen jener inneren Parteipolitik, die bewußt danach strebte, zwei Parteien des Proletariats ins Leben zu rufen, und die von ihr herbeigeführte Spaltung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung auf allen Gebieten und in allen Institutionen: mittels der Doppelkandidaturen während der Wahlkampagne und mittels zweier Fraktionen in der IV. Reichsduma organisatorisch festzulegen. Hätten die auf die Initiative des Organisationskomitees zusammengetretenen Delegierten sich unter diesen Verhältnissen als allgemeine Parteikonferenz konstituiert, so hätten sie dadurch das Bestehen zweier sozialdemokratischer Parteien in Rußland anerkannt und die von der Lenin-Gruppe vollbrachte Spaltungsarbeit sanktioniert. Diesen Weg wollte und konnte kein Teilnehmer der Augustkonferenz beschreiten.

Der Antrag des Vertreters einer Auslandsgruppe, sich als eine unverantwortliche „private Beratung" zu konstituieren, die ihre Beschlüsse organisatorisch nicht festlegte, wurde von den Delegierten, die einige Tausend organisierter sozialdemokratischer Arbeiter vertraten, selbstverständlich verworfen. Einmütig wurde hierauf der Vorschlag akzeptiert, sich als eine Konferenz der durch die anwesenden Delegierten vertretenen Organisationen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands zu konstituieren. Den Delegierten war das Bestreben vollkommen fremd, fiktive Größen in das Parteileben hineinzutragen und diese Fiktionen als Stützpunkte für den Kampf um die „Macht" in der Partei zu benutzen. Sie meinten mit Recht, es sei für die Gesundung der Parteiverhältnisse am zweckmäßigsten, das auszusprechen, was ist. In der hierüber einstimmig angenommenen Resolution stellen die Delegierten fest, sie betrachteten die Spaltung keineswegs als vollzogene

*) Nach den von den betreffenden Delegierten gemachten Angaben vertraten sie kaum mehr als 200 Arbeiter.

Tatsache und sähen die organisatorische Aufgabe der Konferenz nicht in der Aufreizung des einen Teiles der Partei gegen den anderen, sondern in der Herbeiführung von Verhältnissen, die allen spaltungsfeindlichen Elementen der Partei die Möglichkeit geben könnten, gestützt auf die einigende Kraft der Klassenbewegung des Proletariats, in geschlossenen Reihen für die Einigkeit der Sozialdemokratie zu wirken. Diese Tendenz fand ihre weitere Entwickelung in den Resolutionen über die Einheit der Wahlkampagne, die organisatorische Einigkeit der Partei und die Wahl eines Organisationskomitees.

Die Konferenz betraute die von ihr gewählte leitende Instanz — die sie absichtlich Organisationskomitee und nicht Zentralkomitee nannte, um dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß die Hauptschwierigkeiten der Parteieinigung noch zu überwinden seien — mit der Aufgabe, an das Zentralkomitee der Lenin-Richtung, wie an alle auf der Konferenz nicht vertretenen Teile der Partei mit dem Antrag heranzutreten, die Wahlkampagne für die Duma mit vereinten Kräften zu führen; zugleich erklärte sie es als die Pflicht der örtlichen Organisationen und Gruppen, alle ihre Anstrengungen auf die Gründung vereinigter sozialdemokratischer Wahlkomitees in den Städten und Gouvernements zu richten.

Wo es nicht gelingen sollte, eine solche Einigung vor den Wahlen herzustellen, und wo alle diesbezüglichen Versuche an dem Widerstande der auf die Spaltung hinarbeitenden Gruppen scheitern würden, empfahl die Konferenz, alle Kräfte aufzubieten, damit die Kandidaten für die Wahlmänner- und Abgeordnetenwahl in der Arbeiterkurie vom sozialdemokratischen Teil der Arbeiterbevollmächtigtenversammlung nominiert würden, und zwar unter der Bedingung, daß die Minorität sich der Majorität unterwürfe.

Indem die Konferenz das Organisationskomitee beauftragte, mit den anderen Teilen der Partei unverzüglich über die Einberufung einer allgemeinen Parteikonferenz oder eines Parteitages zu verhandeln, beschloß sie zugleich, das Internationale Sozialistische Bureau von der Bereitwilligkeit der von ihr vertretenen Organisationen in Kenntnis zu setzen, die Vermittelung des Bureaus zur Wiederherstellung der organisatorischen Einheit mit den anderen Teilen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands anzunehmen.

## Die Wahlplattform.

Im Vorwort ist schon darauf hingewiesen worden, daß es in der Sozialdemokratie Rußlands keine taktischen Meinungsverschiedenheiten gibt, die die Spaltung der Organisation in den Augen der Massen zu rechtfertigen vermöchten. Damit sollte freilich nicht gesagt werden, daß es solche Meinungsverschiedenheiten in der Partei überhaupt nicht gibt. Nein, sie sind in der Tat vorhanden und haben noch neuerdings, anläßlich der Diskussion über die Wahlplattform, Ausdruck gefunden.

Die Gruppe Lenin konstruiert ihre Taktik auf rein abstraktem Wege. Von der Erwägung ausgehend, daß das Regime vom 16. Juni 1907 unfähig sei, die elementaren Anforderungen der kapitalistischen Entwickelung des Landes zu befriedigen, und daß die gegenwärtige Epoche in einer neuen demokratischen Revolution ausmünden müsse, lehnt die Gruppe Lenin grundsätzlich jeden Versuch ab, die Massen um sogenannte „Teilforderungen" und nicht um die Dreieinigkeit des revolutionären Umsturzes: demokratische Republik, Konfiskation der Gutsländereien

und Achtstundentag, zu sammeln. Lenin hat in der Presse und in den Organisationen einen erbitterten Kampf geführt gegen die Kampagne, die unter der Losung der Koalitionsfreiheit in Rußland geführt wird. Er erklärte, der Kampf um die „Teilforderung" des Koalitionsrechtes sei eine liberale Politik, da nur die demokratische Republik imstande sei, den Arbeitern die Freiheit des Klassenkampfes zu sichern.

Es erübrigt sich, hier nachzuweisen, daß diese pseudo-radikale Taktik, bis an ihr logisches Ende geführt, zu dem politischen Boykott führen müßte, d. h. in erster Linie zur Ablehnung jeder Teilnahme an dem parlamentarischen Leben des Landes. Denn ist die Mobilisierung der Massen für die Erringung der Koalitionsfreiheit eine „liberale" Politik, angeblich geeignet, den Arbeitern Illusionen einzuflößen hinsichtlich der Möglichkeit von Reformen unter dem Regime des 16. Juni, so sind die entsprechenden Handlungen unserer Fraktion in der Duma: die Einbringung von Gesetzentwürfen über die Koalitionsfreiheit, die Amendements zu fremden Gesetzesentwürfen, die Interpellationen wegen der polizeilichen Vernichtung der Arbeiterorganisationen usw., viel eher geeignet, solche Illusionen wachzurufen.

Es hieße in der Tat offene Türen einrennen, wollte man vor der westeuropäischen Sozialdemokratie des näheren darauf eingehen, daß die Aufstellung von Forderungen keineswegs gleichbedeutend ist mit dem Ausdruck der Hoffnung auf den guten Willen der Herrschenden, daß vielmehr gerade die Mobilisierung der Massen für die brennenden Tagesforderungen den bösen Willen der Klassenregierung und der bürgerlichen Parteien vor den Massen am deutlichsten aufdeckt und dadurch das Programm der revolutionären Demokratisierung des Staates aus einem nackten Schema in die lebendige Realität des Klassenkampfes verwandelt.

Die Europäisierung der sozialen und politischen Verhältnisse in Rußland und in erster Linie der offene Kampf der politischen Parteien um den Einfluß auf die Staatsgewalt führt unaufhaltsam zur Europäisierung der politischen Taktik der russischen Sozialdemokratie. Die naiven Methoden des Boykotts und des pseudo-revolutionären Absentismus werden von der Entwickelung der Arbeiterbewegung in der neuen politischen Situation unbarmherzig zum alten Eisen geworfen. Die Gruppe Lenin hat ungeachtet ihres Zirkelkonservativismus dem „Geist der Zeit" bereits gewaltige Zugeständnisse gemacht. Das hindert sie indessen nicht, bei jeder neuen Frage das ganze Arsenal des formalen Radikalismus gegen die realistischen Formen der sozialrevolutionären Anforderungen der Arbeiterklasse aufmarschieren zu lassen.

Dies wiederholte sich auch während der Diskussion über die Plattform für die jetzt abgeschlossenen Dumawahlen.

Unter völliger Mißachtung der Tatsache, daß der industrielle Aufschwung und die Zunahme der Streikbewegung die Forderung der Koalitionsfreiheit in den Mittelpunkt des Arbeiterinteresses stellen; daß ferner schon die Tatsache der Wahlprozedur im Rahmen des Wahlunrechts vom 16. Juni 1907 die Forderung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in den Vordergrund rückt, konstruierte die Gruppe Lenin ihre Wahlplattform ohne diese „partiellen", „liberalen" Forderungen. Ihre Plattform erschöpft sich in drei Forderungen, die dem Regime des Staatsstreichs schematisch gegenübergestellt werden: demokratische Republik, Konfiskation der Gutsländereien und Achtstundentag!

Nach eingehender Diskussion über die Beziehungen zwischen der demokratischen Republik und den vom Gang des Klassenkampfes in den Vordergrund gerückten Tagesforderungen stellte sich die Augustkonferenz auf einen Standpunkt, der den politischen Methoden der internationalen revolutionären Sozialdemokratie wohl eher entsprechen dürfte. Der „Konferenzbericht" des Organisationskomitees äußert sich über diese Frage wie folgt:

„Im großen und ganzen hat die Konferenz sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Hinausschiebung des Kampfes um die Koalitionsfreiheit, um das allgemeine Wahlrecht usw. bis zur Revolution und die Auflösung aller partiellen Klassenforderungen des Proletariats in der Losung der demokratischen Republik gleichbedeutend ist mit dem Hineintragen einer abwartenden Passivität in die Massen, mit ihrer Erziehung im Geiste des politischen Boykotts, was nicht nur die Anstrengungen der Massen im Kampfe um neue partielle Eroberungen, sondern auch ihren Kampf für die Republik und den Sozialismus lahmlegen muß. Die Konferenz erachtete es deshalb als dringend notwendig, die Massen für die nächsten Forderungen und vor allem für den Kampf um die Koalitionsfreiheit zu mobilisieren. Andererseits erkannte die Konferenz an, daß die Losung der demokratischen Republik bei uns nicht — wie in England, Belgien und sogar in Deutschland — lediglich die Staatsform bezeichnet, unter der allein das Proletariat die ganze Fülle der politischen Gewalt für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft zu erobern vermag. Die Sozialdemokratie Rußlands hat weniger als jede andere politische Partei oder soziale Gruppe Veranlassung, kategorisch zu behaupten, daß die nachrevolutionäre Monarchie eine Anpassungsfähigkeit an die Bedürfnisse der gesellschaftlichen Entwickelung an den Tag gelegt hat, die ihr eine lange Reihe von Jahren einer stabilen Existenz sichern könnte. Soweit ein solches Gleichgewicht n i c h t erzielt ist, soweit die revolutionären Erschütterungen von der Tagesordnung der Geschichte n i c h t abgesetzt sind, bleibt die demokratische Republik für uns nicht nur die Staatsform für die Diktatur des Proletariats, sondern auch die Kampflosung für die gesamte gegenwärtige Geschichtsepoche.

Dies heißt, daß der Kampf um die auf der Tagesordnung stehenden Teilforderungen des Proletariats in keinem Falle gleichbedeutend ist mit einer Ablehnung des revolutionär-republikanischen Programms; vielmehr gibt der gekennzeichnete Kampf diesem Programm einen realen Klasseninhalt, er beschleunigt den Eintritt revolutionärer Konflikte, sichert dem Proletariat in diesen Konflikten ein Maximum von Eroberungen und befähigt das Proletariat zugleich, seine Interessen wahrzunehmen, unabhängig davon, welchen Weg unsere politische Entwickelung in der nächsten geschichtlichen Epoche einschlagen wird.

Dies ist der leitende politische Gedanke, den die Konferenz den Thesen ihrer Wahlplattform zugrunde gelegt hat."

## Die Wahltaktik.

Die Resolution der Konferenz zur Frage der Wahltaktik bestätigt, was schon früher vielfach in der Parteipresse festgestellt worden ist. Auf diesem Gebiete bestehen in der Sozialdemokratie Rußlands keine Meinungsverschiedenheiten, die die Spaltung der Wahlkampagne und die Aufstellung von Doppelkandidaturen auch nur im entferntesten Maße rechtfertigen könnten. Völlige politische Selbständigkeit unserer Partei in der ganzen Wahlkampagne, völlige Selbständigkeit in der Aufstellung der Kandidaten, technische Vereinbarungen auf den höheren Wahlstufen — mit den Liberalen gegen die schwarzen Hunderte, und mit den Linken

(Demokraten und Radikalen) gegen die Liberalen —, Ablehnung jeglicher Wahlabmachungen in der Arbeiterkurie: das sind die leitenden Grundsätze der Wahltaktik, die auf der Augustkonferenz zur Annahme gelangten.*)

## Der Ausbau der Partei.

Die Konferenzdebatten über die Organisationsformen der Partei zeigten zur Evidenz, daß es auf diesem noch kürzlich so strittigen Gebiet unter den Konferenzteilnehmern keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten gab. Die sogenannten „Liquidatoren" aus Petersburg und der bolschewistische Delegierte aus Moskau, die Vertreter des „Bundes" und die Delegierten der Sozialdemokratie Lettlands — alle waren auf Grund ihrer Parteiarbeit in den letzten Jahren zu denselben Schlüssen hinsichtlich der Organisationsfrage gelangt.

Die Sozialdemokratie vermag in dem heutigen nachrevolutionären Rußland das Proletariat nur insofern in eine selbständige politische Macht zu verwandeln, als sie alle neuen Formen des Gesellschaftslebens für die Zusammenschließung der Arbeiter benutzt, der Reaktion möglichst umfassende offene Positionen zu entreißen sucht, und die Politik selbst in die offenen Masseneinmischungen des Proletariats in das öffentliche Leben verwandelt. Andererseits wird die Sozialdemokratie von der Gefahr der Auflösung in partiellen Aktionen und vereinzelten neutralen Arbeiterorganisationen nur insofern nicht bedroht, als sie ihr inneres politisches Band, ihren abgeschlossenen Parteicharakter beibehält. Revolutionär nach ihren Zielen, und geheim soweit die politischen Bedingungen ihr die offene Existenz unmöglich machen, besitzt die Partei des Proletariats um so mehr Lebenskraft, Einfluß und Autorität, je enger sie sich als Partei mit allen offenen Massenorganisationen der Arbeiterklasse verknüpft, je unmittelbarer sie die Anforderungen der Klassenbewegung widerspiegelt, je mehr es ihr gelingt, alle ihre Handlungen unter die Kontrolle der sozialdemokratischen Vorhut der Arbeiterklasse zu stellen.

Indem die Konferenz in dieser einstimmig angenommenen Resolution die grundlegenden Prinzipien des Parteiausbaus festsetzte, machte sie selbstverständlich nicht den Versuch, die technisch-organisatorischen Formen dieses Prozesses vorauszubestimmen. Schon durch die Wahl einer leitenden Zentralinstanz zeigte die Konferenz, daß der Wiederaufbau und die Festigung der Parteiorganisation von nun ab gleichzeitig von unten und von oben vorgenommen werden soll.

## Abschluß der Tagesordnung.

In den letzten Konferenzsitzungen wurden noch folgende wichtige taktische Resolutionen angenommen: 1. über den wirtschaftlichen Kampf, 2. über den Kampf um die Koalitionsfreiheit, 3. über die staatliche Versicherung der Arbeiter.

Obgleich die genannten Fragen erst auf Wunsch der Delegierten in die Tagesordnung aufgenommen wurden, gelangten die in den Kommissionen ausgearbeiteten Resolutionen ohne Generaldebatte und nur mit unbedeutenden Aenderungen zur Annahme. Die Praxis der Streik-

*) Näheres darüber siehe unten: „Die Sozialdemokratie bei den Wahlen für die vierte Duma."

bewegung auf dem Boden des industriellen Aufschwunges, die Tätigkeit der legalen Gewerkschaften, die Praxis der Koalitionsbewegung, die Kampagne gegen die Regierungsentwürfe zur Arbeiterversicherung, die am 23. Juni 1912 in Kraft getreten sind, die Reden der sozialdemokratischen Dumaabgeordneten zu diesen Fragen, die Artikel in der politischen und gewerkschaftlichen Presse, alle diese Umstände haben der Konferenz die Aufgabe erleichtert, in den genannten Fragen die taktischen Prinzipien zur Anwendung zu bringen, die schon längst den unveräußerlichen Besitz der internationalen Arbeiterklasse bilden, und die den anarchistischen Methoden der Revolte und des Boykotts ebenso fern stehen, wie der Taktik der opportunistischen Anpassung um jeden Preis.

Eine besondere Bedeutung gewinnt die Resolution über die Arbeiterversicherung angesichts der demnächst bevorstehenden Eröffnung der Krankenkassen in Rußland. Diese Resolution enthält neben der Kritik der Versicherungsmaßnahmen der Gegenrevolution und der Forderung ihrer radikalen Revision eine Reihe taktischer Fingerzeige, wie die Krankenkassen in einen Stützpunkt für die Konsolidierung der Arbeiterklasse verwandelt werden können. Der Schluß dieser außerordentlich wichtigen Resolution sei nachstehend angeführt:

„Zur planmäßigen Durchführung der Versicherungskampagne erachtet die Konferenz es als notwendig, daß auf die Initiative der Gewerkschaften und anderer Arbeiterorganisationen oder der ersten Krankenkassen der nachdrückliche Versuch unternommen werde, allrussische oder Gaukongresse der Arbeiter einzuberufen. Zugleich empfiehlt die Konferenz den versicherten Arbeitern, an den „Versicherungskongressen", die auf Grund des Gesetzes vom 23. Juni „zur Erörterung der wichtigsten Maßnahmen allgemeinen Charakters" einberufen werden sollen, den lebhaftesten Anteil zu nehmen.

Zur Erörterung der Frage über die Versicherungstaktik empfiehlt die Konferenz, unverzüglich Beratungen zu veranstalten, zu denen neben den Vertretern der Arbeiterorganisationen kompetente Personen, Aerzte, Rechtsanwälte usw. hinzugezogen werden sollen. Zur allseitigen Informierung der breiten Massen über die Versicherungsgesetze sollen populäre Broschüren, Flugschriften, praktische Leitfäden usw. herausgegeben und ein besonderes Organ geschaffen werden. Es soll nachdrücklichst versucht werden, die Versicherungsfragen nicht nur in den bestehenden Arbeitervereinen und in der Arbeiterpresse, sondern auch in speziell zu diesem Zweck auf Grund des Vereinsgesetzes vom 4. März einberufenen Versammlungen zu erörtern. Zugleich soll auch in den von dem Gesetz übergangenen Schichten der Lohnarbeiter eine umfassende Agitation für die Ausdehnung der staatlichen Versicherung auch auf diese Schichten entfaltet werden."

## Das Verhältnis zur P. P. S.

Als Antwort auf die von den Vertretern der Polnischen Sozialistischen Partei übermittelte Resolution des elften Kongresses der P. P. S. über die Beziehungen zwischen dieser sozialdemokratischen Organisation und der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands begrüßte die Konferenz in einer Resolution das Einigungsbestreben der P. P. S. und empfahl dem Organisationskomitee, bei allen für das ganze Reich bedeutungsvollen politischen Aktionen mit den Zentralinstanzen der P. P. S. Vereinbarungen zu treffen. In vollem Einklange mit dem elften Kongreß der P. P. S. sprach die Konferenz die Ueberzeugung aus, daß nur durch eine solche Koordinierung der politischen

Aktionen im Reiche die Einigung aller sozialdemokratischen Kräfte in Polen, wie in Rußland erzielt werden könne.

Einen ähnlich lautenden Beschluß nahm die Konferenz über das Verhältnis zur sozialdemokratischen Partei Litauens an.

## Die Aufgaben des Organisationskomitees.

Seinen Bericht über die Arbeiten und Beschlüsse der Konferenz schließt das Organisationskomitee mit folgendem Aufruf an die örtlichen Organisationen:

„Die Einigkeit der Partei ist noch bei weitem nicht hergestellt, es ist aber der richtige Weg zur Einigkeit betreten, es sind Bedingungen geschaffen für einen organisierten Kampf um die Einheit der Partei. Die örtlichen Organisationen müssen diesen Weg konsequent verfolgen. In jeder auftauchenden Frage müssen sie mit allen örtlichen Gruppen der verschiedenen Richtungen Vereinbarungen treffen, gemeinsame Instanzen zur vereinten Führung der politischen Kämpfe (in erster Linie des Wahlkampfes) schaffen und alles aufbieten, damit diese gemeinsamen Institutionen nur eine Etappe zur vollen Auflösung der einzelnen Fraktionsgruppen in der gemeinsamen Parteiorganisation sein sollen.

Diese Einigungsarbeit wird natürlich um so mehr Erfolg haben, je lebhafter, umfassender und aktueller die politische Tätigkeit der Sozialdemokratie, je enger das Band zwischen der Organisation und den Massen sein wird. . . .

Nur soweit die örtlichen Organisationen bestrebt sein werden, eine beständige Verbindung mit der Zentralinstanz zu unterhalten, sie über alle ihre politischen Schritte zu unterrichten, sich über alle Fragen des politischen und Parteilebens zu äußern und regelmäßige Beiträge an die Zentralkasse abzuführen, wird das Organisationskomitee imstande sein, die örtliche Bewegung durch die Praxis der Gesamtbewegung auf ein höheres Niveau zu heben und den Prozeß der Ausarbeitung einer abgeschlossenen Parteitaktik für das ganze Reich zu beschleunigen.

Voll Vertrauen auf die Mitarbeit aller Parteiorganisationen und Gruppen, ohne Unterschied der Fraktionen, schreiten wir an die uns auferlegte Arbeit."

* * *

# Die Sozialdemokratie bei den Wahlen für die vierte Duma.

Ungeachtet aller Tücken und Schliche des russischen Wahlgesetzes, das die schlimmsten Seiten der rückständigsten Gesetzgebung Westeuropas in sich vereinigt, ungeachtet der unerhörten Wahlbeeinflussungen, Wahlfälschungen und polizeilichen Verfolgungen, die alles Bisherige in den Schatten stellen, haben die Wahlen für die vierte Duma nicht nur zu einem bedeutenden politischen und moralischen Erfolg, sondern auch zu einer Steigerung der sozialdemokratischen Mandate geführt. Die Sozialdemokratie hat im Vergleich mit ihrer Mandatszahl in der letzten Session einen kleinen Zuwachs zu verzeichnen.*) Dieses Ergebnis, in Verbindung mit dem enormen Stimmenzuwachs, kann namentlich in Anbetracht des unerhörten Wahlterrors der Regierung als bedeutender Sieg der Sozialdemokratie bezeichnet werden.

Leider ist dieser Sieg durch die inneren Parteizwistigkeiten, die während der Wahlen mit besonderer Schärfe hervortraten, getrübt und vermindert worden. Dieser innere Zwist hat allerdings nirgends zu einem Mandatsverlust geführt, aber die agitatorische Bedeutung der Wahlkampagne hat unter den Streitigkeiten stark gelitten. Die Sozialdemokratie ist nicht als eine festgefügte, einige Macht, sondern als eine von inneren Zwistigkeiten zerrissene Organisation vor die neutralen Arbeitermassen getreten. Nicht immer und nicht überall: in den meisten Fällen haben die Spaltungsbestrebungen einiger übereifriger Sektanten vor der deutlich ausgedrückten Einigungsforderung der Arbeiterschaft kapitulieren müssen. Um so bedauerlicher ist es, daß es in Petersburg, diesem Mittelpunkte der Parteibewegung, nicht gelungen ist, die Einigkeit vor den Wahlen herzustellen, und daß die Wahlkampagne hier von heftigen inneren Kämpfen begleitet worden ist.

Die Spaltung der Wahlkampagne für die Duma ist bereits auf der Januarkonferenz der Lenin-Richtung vorbereitet worden, die die Vorarbeiten für die Wahlen vollkommen isoliert von allen anderen Parteiorganisationen durchgeführt hat.

Das grundlegende Prinzip der Wahltaktik der Lenin-Richtung gelangte in folgendem Beschluß der genannten Konferenz zum Ausdruck:

„Die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei erhalten ihre Bestätigung und ihre Wahldirektiven von den örtlichen illegalen Organisationen und Gruppen der Partei**) unter der allgemeinen Kontrolle und Leitung des Zentralkomitees."

---

*) Hierbei muß berücksichtigt werden, daß der in Kutais bereits gewählte sozialdemokratische Abgeordnete Gegetschkori ungesetzlich von der Regierung „kassiert" worden ist. Der Verlust des Rigaer Mandats ist auch hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß zirka 1000 Arbeiterwähler ihres Wahlrechts beraubt wurden — um 2 Tage nach den Wahlen als wahlberechtigt erklärt zu werden!

**) Hierbei muß berücksichtigt werden, daß die Lenin-Konferenz nur ihre eigene Fraktion als „Partei" proklamierte!

Auf diesen Beschluß gestützt, versuchte das von der Mehrheit der Partei nicht anerkannte Zentralkomitee der Lenin-Richtung, die Leitung der Wahlkampagne zu monopolisieren. Es rechnete hierbei auf die Unterstützung seiner Fraktions-Gruppen, die hie und da, ohne eine systematische Tätigkeit zu entfalten, bestanden. Das Auftreten dieser Gruppen als der einzigen Vertreter der Partei, denen allein das Recht der Nominierung der Kandidaten zustand, mußte naturgemäß auf den Widerstand der übrigen sozialdemokratischen Organisationen und Gruppen stoßen. Dieser Umstand war in einem besonderen Beschluß der Januarkonferenz bereits vorgesehen. Ueberzeugt, daß es ihren Anhängern nicht gelingen würde, die Andersdenkenden zu ihrer Ansicht zu bekehren, nahm die Konferenz zur Predigt des Wahlterrors ihre Zuflucht. § 5 derselben Resolution der Lenin-Konferenz lautet:

„Die Versammlungen der Arbeiterbevollmächtigten müssen an der Hand der Beschlüsse der illegalen Parteiorganisationen entscheiden, wer von den Arbeitern in die Duma gewählt werden soll; zugleich müssen sie alle ihre Wahlmänner unter der Androhung des Boykotts und eines Gerichtsverfahrens wegen Verrat verpflichten, ihre Kandidaturen zugunsten des Parteikandidaten*) zurückzuziehen."

Dieselbe Konferenz beschloß, „allerorts in der Arbeiterkurie ihre eigenen Kandidaten aufzustellen und keinerlei Vereinbarungen mit anderen Parteien oder Gruppen (mit den Liquidatoren) zuzulassen". Bedeutet der hier aufgestellte Grundsatz der vollkommenen Selbständigkeit der Sozialdemokratie in der Arbeiterkurie nur eine Wiederholung der allgemeinen Auffassung sämtlicher Parteirichtungen, so geht aus der Identifizierung der „Liquidatoren" mit den „anderen", d. h. den bürgerlichen Parteien und Gruppen unzweideutig hervor, daß die Gruppe Lenin die Wahlkampagne zur rücksichtslosen Bekämpfung einer ihr unbequemen Richtung in der Partei auszubeuten beabsichtigte. Diese Ansicht wurde verstärkt durch die Kampagne aller der Lenin-Gruppe nahestehenden Organe, die den Kampf gegen die „Liquidatoren" als eine der Hauptaufgaben der Wahlkampagne bezeichneten.

Dieser Standpunkt wurde von allen anderen Parteiorganisationen verworfen. Genosse Plechanow lehnte die Mitarbeit an den in Petersburg erscheinenden Blättern „Swesda" und „Prawda" ab, da es ihm dort unmöglich gemacht wurde, für die Einigkeit bei den Wahlen einzutreten. Die Organisationen und Gruppen, die sich um das Organisationskomitee konzentrierten, wandten alle Mittel auf, um eine Verständigung sämtlicher Fraktionen mit Einschluß der Lenin-Fraktion herbeizuführen. Auf der vom Organisationskomitee einberufenen Augustkonferenz**) wurde folgender Beschluß angenommen:

„Die Konferenz erachtet, daß die bevorstehende Wahlkampagne für die Entwickelung des Klassenbewußtseins der Arbeiter und besonders für die Wiedergeburt der Partei nur insofern eine große Rolle zu spielen berufen ist, als sie mit vereinten Kräften — unter gemeinsamem Parteibanner, auf Grund einer gemeinsamen Plattform und mit gemeinsamen Kandidaten — geführt werden wird."

Die Konferenz betraute das Organisationskomitee mit der Aufgabe, „mit dem auf der Lenin-Konferenz gewählten Zentralkomitee unverzüglich in Verbindung zu treten" und ihm den Antrag zu unterbreiten, „über die gemeinsame Führung der Wahlkampagne zu unterhandeln".

*) d. h. des Kandidaten des Leninschen Zentralkomitees!
**) Siehe oben: „Bericht über die Konferenz".

Der entsprechende Antrag des Organisationskomitees wurde jedoch vom „Zentralkomitee" unbeantwortet gelassen.

Als die Wahlbewegung begann, gelang es den dem Organisationskomitee angeschlossenen Gruppen dennoch, in den meisten Städten, wo die Gefahr sozialdemokratischer Doppelkandidaturen bestand, mit den anderen Parteigruppen Wahlabmachungen zu treffen. Ueberall, wo der Einfluß der mit dem Organisationskomitee in Verbindung stehenden Organisationen stärker war als der Einfluß der Fraktion Lenin, im Kaukasus, in Odessa, in Jekaterinoslaw, in Rostow, im Donetzgebiet u. a., wurde die Wahlkampagne mit vereinten Kräften geführt. In Moskau hatte die bolschewistische Organisation, entgegen den Beschlüssen der Lenin-Konferenz, schon lange vor den Wahlen eine Vereinbarung mit den „Liquidatoren" in der städtischen, wie in der Arbeiterkurie getroffen. In Petersburg jedoch konnte eine solche Vereinbarung nicht erzielt werden, und hier führte die Wahlkampagne noch eine Verschärfung der inneren Parteiverhältnisse herbei. Die Fraktion Lenin scheute sogar vor der direkten Verleumdung aller andersdenkenden Sozialdemokraten nicht zurück, die von ihr generell als „Liquidatoren" bezeichnet werden. In einem vom „Petersburger Komitee" und vom „Zentralkomitee" unterzeichneten Flugblatt werden die Arbeiterbevollmächtigten über die taktischen Meinungsverschiedenheiten in der Sozialdemokratie Rußlands folgendermaßen „aufgeklärt":*)

„Die Liquidatoren sind eine Gruppe früherer Sozialdemokraten, die müde vom Kampf, ohne Glauben an die Revolution, ausschließlich von einer Vereinbarung mit den Liberalen ihr Heil erwarten.

Die Liquidatoren glauben nicht an den Kampf des Volkes, und darum lehnen sie die Forderung der Republik ab, indem sie sich mit der Forderung des allgemeinen Wahlrechts begnügen — bei Aufrechterhaltung der Reichsduma, folglich auch bei Aufrechterhaltung des Reichsrates, folglich auch bei Aufrechterhaltung der zarischen Bureaukratie.

Die Liquidatoren glauben nicht an den Kampf des Volkes, und deshalb reden sie so viel über einzelne Reformen, wie z. B. über das Koalitionsrecht, — unter der zarischen Kamarilla, unter den zarischen Gouverneuren, unter den zarischen Sicherheitspolizisten.

Die Liquidatoren glauben nicht an den Kampf des Volkes, und deshalb beschränken sie sich auf die liberale Forderung der „Revision der Agrargesetzgebung der III. Duma" — unter Belassung des Grund und Bodens in den Händen der Gutsbesitzer, unter Beibehaltung der Junkersklaverei, unter Aufrechterhaltung der Gewalt des Zaren.

Das ist die Plattform der Liquidatoren."

Es hieße die Urteilskraft der Leser in Zweifel ziehen, wollte man nach allen Darlegungen über den Charakter des sogenannten „Liquidatorentums" auf die einzelnen Anschuldigungen des angeführten Flugblattes eingehen. Bemerkt sei nur, daß die auf der Augustkonferenz angenommene Wahlplattform**) auch von den als „Liquidatoren" bezeichneten Petersburger Genossen als die ihrige betrachtet wurde. Die unqualifizierbaren Angriffe des Leninschen Zentralkomitees richten sich

*) Den unverkürzten Wortlaut dieses lehrreichen Flugblattes siehe Anhang, Beilage III.

**) S. o.: „Bericht über die Konferenz".

also gegen den von der Augustkonferenz geeinten übergroßen Teil der Partei.

Zur Charakteristik der Stellungnahme dieser Elemente der Partei sei nachstehend folgender Appell der Petersburger sozialdemokratischen Zeitung „Lutsch" (Der Strahl) angeführt, die fortgesetzt zur Einigung vor den Wahlen aufforderte:

„Die Pflicht aller Sozialdemokraten ohne Unterschied der fraktionellen Färbung — schrieb sie am 22. September — ist es nun, sich zu vereinigen und alle Kräfte aufzubieten, um das vielerorts Versäumte nachzuholen, die Situation zu retten und die Bildung einer würdigen und einigen sozialdemokratischen Vertretung des Proletariats in der Duma zu sichern. . . . Wir leugnen nicht die Existenz ernster Meinungsverschiedenheiten unter den Sozialdemokraten. Zwischen den beiden vorgeschlagenen Wahlplattformen: der Plattform der Lenin-Konferenz und der Plattform der vereinigten Konferenz einer Reihe von russischen Organisationen, des „Bundes" und der kaukasischen und lettischen Sozialdemokratie bestehen wesentliche Unterschiede. Aber diese Meinungsverschiedenheiten und Unterschiede sind nicht so tiefgehend, um die Spaltung in der Arbeiterkurie, den brudermordenden Kampf vor dem Antlitz der Neutralen, wie der gesamten Arbeiterklasse zu rechtfertigen."

Leider blieb dieser Appell, wie so viele andere, von den Spaltungsfanatikern unberücksichtigt. Während die Wahlen im ganzen Reiche einig und harmonisch verliefen, blieb es dem Petersburger Proletariat vorbehalten, die Schmach der sozialdemokratischen Doppelkandidaturen über sich ergehen zu lassen.

Die Wahl der Arbeiterwahlmänner fand in Petersburg zweimal statt. Das erstemal wurden die Vertreter von 22 Großbetrieben zum Wahlakt nicht zugelassen. Unmittelbar vor den Wahlen veröffentlichte die „Prawda" eine besondere Kandidatenliste. Die Bevollmächtigten lehnten es jedoch ab, eine Listenwahl vorzunehmen, und wählten sechs Sozialdemokraten ohne Unterschied ihrer Fraktionszugehörigkeit.

Noch an demselben Tage brachen in den Petersburger Fabriken Proteststreiks gegen das Wahlrechtsattentat der Regierung aus. Dieser energische Protest hatte die gewünschte Wirkung: Die Regierung gab nach und setzte neue Wahlen für die „kassierten" Betriebe an.

Die zweite Bevollmächtigtenversammlung, auf der auch die früher kassierten Betriebe vertreten waren, nahm die Wahl der Wahlmänner ohne Unterschied der Fraktionen vor. (Diesmal hatten beide sozialdemokratischen Blätter: „Prawda" und „Lutsch" ihre Kandidatenliste veröffentlicht.) Bei der Abstimmung erwies es sich, daß die Anhänger des Organisationskomitees eine größere Stimmenzahl erhalten hatten als ihre Gegner. Es wurden gewählt: 3 Kandidaten des „Lutsch", 2 Kandidaten der „Prawda", die Wahl des sechsten wurde auf den folgenden Tag verschoben. Es wurde dann mit 36 Stimmen gegen 37 ein dritter Kandidat der „Prawda" gewählt, der nach dem eigenartigen Wahlreglement als gewählt erklärt wurde. Insgesamt wurden also gewählt: 3 Anhänger der Einheit der Partei und 3 Leninianer, die die „Einheit" der Partei nur unter der Bedingung des Ausschlusses der „Liquidatoren" anerkennen. Die Kandidaten des „Lutsch" erhielten insgesamt 159, die Kandidaten der „Prawda" 135 Stimmen.

Kurz vor den Wahlen hatte die „Prawda" geschrieben (siehe Nr. 123): „Und nun müssen die Marxisten und Arbeiterdemokraten entscheiden, wer für die Duma zu wählen sei. Natürlich der, der die An-

schauungen der Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter vertritt. Das verlangt die Einheit. Die Einheit ist aber nicht vorhanden, wenn die Minorität sich nicht der Majorität unterwirft."

Das wurde vor den Wahlen geschrieben. Nach den Wahlen jedoch, deren Ausgang für sie ungünstig war, weigerten sich die Leninianer nicht nur, sich der Majorität zu unterwerfen, sie lehnten auch brüsk jegliche Unterhandlungen mit den übrigen sozialdemokratischen Wahlmännern ab. Die Folge hiervon war, daß die Arbeiter auf der meist aus Reaktionären bestehenden Gouvernementsversammlung keinen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen vermochten und es den junkerlichen und bürgerlichen Wahlmännern überlassen mußten, die Wahl des Arbeiterabgeordneten nach ihrem Gutdünken vorzunehmen. Die Oktobristen wählten einen Anhänger der Fraktion Lenin.

Bei allen früheren Wahlen hatten die Arbeiter stets einen Kandidaten aufgestellt, während die übrigen auf das Ballottement verzichteten. Was diesmal in Petersburg geschehen ist, wird von sämtlichen Fraktionen als eine Schmach empfunden. „Sollen wir etwa — hatte die „Prawda" vor den Wahlen geschrieben — die Wahlmänner ohne Unterschied der Richtungen wählen, und es danach den Junkern in der Gouvernementswahlversammlung überlassen, die der Bourgeoisie am meisten genehme Richtung zu wählen? Dies wäre doch eine Schmach für die Petersburger Arbeiter." Diese „Schmach" ist nun eine vollzogene Tatsache. Die „Bourgeoisie" hat — die „Richtung" Lenin gewählt. Und die Schuld daran trägt die Weigerung der Leninianer, wegen eines gemeinsamen Vorgehens bei den Wahlen in Unterhandlungen zu treten.

In der zweiten städtischen Kurie Petersburgs sahen sich die Spaltungsfanatiker kurz vor den Wahlen gezwungen, mit den übrigen sozialdemokratischen Richtungen ein Wahlabkommen zu treffen und gemeinsame Kandidaten aufzustellen. Hier wurde der begangene Fehler einigermaßen gutgemacht. Aber vergleicht man die Wahlen in Moskau, die eine Verdreifachung der sozialdemokratischen Wählerstimmen ergaben, mit denen in Petersburg, wo nur eine Verdoppelung der Stimmen erzielt wurde, so ist man zu der Annahme berechtigt, daß die Hinausziehung des Wahlabkommens und der heftige Zwist in der Arbeiterkurie den Wahlen in der städtischen Kurie starken Abbruch getan haben.

Wir hielten es für notwendig, die Petersburger Wahlen so eingehend zu schildern, um unseren westeuropäischen Genossen an einem konkreten Beispiele den Schaden vor Augen zu führen, den die Spaltungstaktik unserer Partei zufügt. Wir müssen aber auch zugleich die Tatsache hervorheben, daß gerade die negativen Seiten der Petersburger Dumawahlen eine heilsame Reaktion in den Reihen der Parteianhänger hervorgerufen haben. Die Petersburger Arbeiter haben in ihrer Mehrheit nicht nur die Spaltung in der Arbeiterkurie verurteilt, sie haben auch durch ihr deutlich ausgesprochenes Votum die Spaltungsfanatiker gezwungen, die Absicht einer Sprengung der Wahlen in der städtischen Kurie preiszugeben. Diese Haltung der Petersburger Arbeiter, die auf ihrer Bevollmächtigtenversammlung mit 75 Stimmen gegen 7 die Einheit der sozialdemokratischen Wahlkampagne verlangt haben, ist bezeichnend dafür, daß die organisierten Arbeiter entschlossen sind, eine Einigung der sozialdemokratischen Kräfte herbeizuführen.

* * *

# Anhang.

**Beilage I.**

## Bericht der Petersburger Initiativgruppe der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands an die Augustkonferenz.

Die Petersburger Initiativgruppe ist allmählich aus den Beratungen der tätigsten Mitarbeiter an der in den Gewerkschaften und Bildungsvereinen verkörperten offenen Arbeiterbewegung entstanden. Diese Beratungen gehen auf die „menschewistische" Gruppe zurück, die 1907 den Charakter einer Organisation nach dem früheren Muster trug. Ihre Tätigkeit bestand in der Anwerbung neuer Mitglieder, in der Konkurrenz mit den „Bolschewiks" in den Bezirkskomitees, in der Erörterung der verschiedenen Fragen, die die Sozialdemokratie in zwei Lager teilte. Diese Tätigkeit berührte die breite Arbeitermasse nicht im geringsten und konnte deshalb die vorgeschrittenen Arbeiter dauernd nicht fesseln, die zum größten Teil in die Gewerkschaften und in die Bildungsklubs strömten. In diesen Organisationen entstanden sozialdemokratische Gruppen, die sich natürlich die plumpe Ausnutzung dieser legalen Organisationen für den Ausbau der politischen Partei nicht zur Aufgabe stellten. Auf diesem Boden mußte ein harter Kampf gegen die „Bolschewiks" geführt werden, die die legalen Organisationen zur Festigung ihrer geheimen Zirkel, ohne Rücksicht auf die selbständige Bedeutung der offenen Organisationen, auszunutzen trachteten. Die sozialdemokratischen Gruppen in den legalen Organisationen strebten danach, daß die Gewerkschaften und Klubs die breite Masse der Arbeiter zu sich heranziehen sollten. Zu diesem Zweck regten sie beispielsweise an, daß die Klubs außer Vorlesungen usw. auch vernünftige Zerstreuungen arrangieren sollten, um den Massen dadurch zu zeigen, daß sie solche Zerstreuungen nur im Besitz einer eigenen Organisation arrangieren können, und um ihnen zugleich die organisatorischen Bestrebungen und Gewohnheiten einzuprägen, deren Mangel sich bei unseren Arbeitermassen so empfindlich bemerkbar macht. Soweit es außerdem die äußeren Umstände erlaubten, erstatteten sie anfangs in breiterem Umfange, dann aber seltener auf den Generalversammlungen der Klubs Berichte über verschiedene politische Fragen, an die sich unter Beteiligung der Klubmitglieder Diskussionen anknüpften.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1910 fanden die oben erwähnten Beratungen besonders regelmäßig statt, so daß sie vor dem Beginn des „Handwerkerkongresses" (im Winter 1910/11) schon den Charakter einer wenn auch nicht formvollendeten, so doch dauernden Organisation annahmen. Ungeachtet ihrer geringen Zahl konnten die Teilnehmer dieser Beratungen sich als die Vertreter der Petersburger Arbeiterbewegung betrachten; waren sie doch die Führer und energischsten Mitglieder der bedeutendsten Gewerkschaften (der Metallarbeiter und Buchdrucker) und Bildungsvereine . . . . . und zugleich die tatsächlichen Leiter aller in Petersburg erscheinenden Gewerkschaftsblätter. (Im Verlauf von fünf Jahren gaben sie fast ununterbrochen die Organe der Metallarbeiter und Buchdrucker und 1910 und 1911 die Blätter der Textilarbeiter, Schneider, Bäcker, Lederarbeiter usw. heraus.) Vor dem Handwerkerkongreß, auf dem eine Arbeitervertretung organisiert werden sollte, vollbrachten die genannten Beratungen ein großes Stück Arbeit. Eine speziell gebildete Gruppe knüpfte mit einer Reihe von Provinzstädten Verbindungen an, veranstaltete eine Enquete und gab eine dem Handwerkerkongreß und

seinen Beratungen gewidmete Nummer des „Arbeiterechos" heraus. Diese Gruppe bereitete ferner das Auftreten der Arbeiter auf dem Kongreß vor und veranstaltete geschlossene Beratungen der sozialdemokratischen Kongreßteilnehmer. Ihr gehören auch die Resolutionen, die von den Arbeitern auf dem Kongreß eingebracht, wie auch die, die von den sozialdemokratischen Beratungen angenommen wurden. Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß sich unter diesen Resolutionen eine befand, die die Notwendigkeit einer verstärkten Tätigkeit für die Schaffung von politischen Organisationen der Arbeiterklasse, die Notwendigkeit eines verstärkten politischen Kampfes in den Vordergrund rückte und den Kampf für das Koalitionsrecht klipp und klar auf die Tagesordnung stellte.

Nach dem Handwerkerkongreß wandelten sich die Beratungen definitiv in die Initiativgruppe um. Von dem Bestreben ausgehend, die politischen Interessen der Massen zu beleben, und überzeugt, daß die politischen Organisationen der Arbeiterklasse in ihrer früheren Gestalt nicht mehr restauriert werden könnten, stellte sich die Initiativgruppe nicht zur Aufgabe, in möglichst kurzer Zeit eine weitverzweigte politische Organisation ins Leben zu rufen. Sie erachtete es für zweckmäßiger, sich in ihrer Tätigkeit auf die bestehenden offenen Arbeiterorganisationen zu stützen und einen frischen politischen Zug in die breiten Kreise der Arbeiter hineinzutragen. Es genügte zu diesem Zweck, ohne an den Aufbau einer besonderen Organisation zu schreiten, bei jeder sich darbietenden Gelegenheit politische Initiative zu ergreifen und die Arbeiter zur Teilnahme an dem politischen Leben des Landes anzuregen. In Anbetracht der außerordentlichen Wichtigkeit der schriftlichen Agitation schritt die Initiativgruppe an die Herausgabe einer legalen Zeitschrift, die vom Januar bis November 1911 unter ihrer Leitung erschien und ihre besondere Aufmerksamkeit auf den Kampf um die Koalitionsfreiheit und auf die bevorstehenden Wahlen für die Duma richtete.

Als die polizeilichen Repressalien gegen die Arbeiterorganisationen sich verstärkten und die Schließung des Druckereiarbeiterverbandes eine Protestbewegung unter den Buchdruckern hervorrief, beschloß die Initiativgruppe, die günstige Stimmung auszunutzen und die sogenannte „Petitionskampagne" einzuleiten. Obgleich die Gruppe keinen Organisationsapparat in Händen hatte, gelang es ihr doch, die Aufmerksamkeit ziemlich zahlreicher Arbeiterkreise auf den Kampf um das Koalitionsrecht zu lenken. In einer Reihe von Gewerkschaften (der Metallarbeiter u. a.) wurden auf ihre Anregung hin Resolutionen angenommen, in denen die Koalitionsfreiheit gefordert wurde. Ihre schriftliche Agitation führte die Gruppe in dem legalen Organ aller Gewerkschaften; sie veranlaßte ferner die „Swesda", ihre anfangs feindliche Haltung zur Koalitionskampagne aufzugeben usw. Die Bewegung griff von Petersburg auf die Provinz über. Endlich wurde, auf das Drängen der Initiativgruppe, der Wortlaut der sogenannten „Petition" von der Dumatribüne veröffentlicht.

Die Gegner dieser Bewegung wiesen unter Berufung auf die relativ geringe Zahl der gesammelten Unterschriften darauf hin, daß der Kampf um das Koalitionsrecht keinen Anklang bei den Massen gefunden habe. Man muß aber kein „Liquidator" sein, um eine solche Folgerung als tief irrtümlich zu bezeichnen. Es darf nicht außer acht gelassen werden, daß die Kampagne zu einer Zeit eingeleitet wurde, wo das Proletariat Rußlands en masse noch nicht zur aktiven Teilnahme an dem politischen Leben des Landes erwacht, und daß die Form dieser Bewegung (Petitionen) in unserer Praxis völlig neu war. Die erzielten Resultate, absolut scheinbar unbedeutend, sind relativ von enormer Bedeutung. Daß die Koalitionskampagne tiefe Spuren hinterlassen und die Massen ernstlich angeregt hat, zeigen die Resolutionen mit der Forderung der Koalitionsfreiheit, die zur Zeit der Lena-Streiks (im Frühjahr 1912) von Zehntausenden von Arbeitern angenommen worden sind. Diese Resolutionen sind der beste Beweis für die Richtigkeit des von uns eingeschlagenen Weges.

Die Initiativgruppe hat auch die sogenannte Versicherungskampagne in ihrem vollen Umfange durchgeführt. Auf ihre Anregung hin haben die Gewerkschaften und die Klubs auf ihren Generalversammlungen Bericht

über die Gesetzesvorlagen zur Arbeiterversicherung erstatten lassen. Als Berichterstatter fungierten fast allerorts Mitglieder der Initiativgruppe, die zugleich auch Artikel über die einschlägigen Fragen in der Gewerkschaftspresse veröffentlichten.

Die Initiativgruppe nahm ferner Anteil an dem Protest wegen des Justizmordes an der sozialdemokratischen Fraktion der II. Duma; es gelang ihr, einen Aufruf in einem legalen Organ zu veröffentlichen und einige Meetings vor den Fabriken zu veranstalten oder sich an ihnen zu beteiligen.

Die Initiativgruppe lieh endlich einem Arbeiterverlag nach Kräften ihre Unterstützung.

Das Haupthindernis für die Systematisierung und Ausbreitung ihrer Tätigkeit waren die häufigen Verhaftungen (und Ausweisungen) ihrer Mitglieder, die sich in den legalen Arbeiterorganisationen besonders hervorgetan hatten und den polizeilichen Verfolgungen in erster Linie zum Opfer fielen. Zur Kennzeichnung dieser Verhältnisse sei bemerkt, daß allein in den letzten zwei Monaten, zur Zeit der verstärkten Verhaftungen, 11 Mitglieder der Gruppe und eine große Anzahl angeschlossener tätiger Mitarbeiter „außer Betrieb" gesetzt wurden. Die dadurch hervorgerufene Fluktuation ihres Bestandes schadete der Gruppe außerordentlich, denn sie desorganisierte ihre Tätigkeit und vernichtete nicht selten begonnene Unternehmungen.

In der letzten Zeit wendete die Initiativgruppe der Parteikonferenz und den Vorarbeiten für die Dumawahlen viel Aufmerksamkeit zu. Die Initiativgruppe delegierte in das Organisationskomitee ihren Vertreter, der neben der Teilnahme an den Sitzungen des Organisationskomitees einige südrussische Städte bereiste. In Petersburg nahm der Vertreter, wie auch andere Mitglieder der Gruppe, an den Versammlungen teil, auf denen die Konferenzfrage erörtert wurde. An diesen Versammlungen beteiligten sich nicht nur die der Gruppe angeschlossenen Arbeiter, sondern auch die Vertreter anderer Richtungen. Hierzu sei bemerkt, daß die Mehrzahl dieser Versammlungen sich zur Januarkonferenz (der Lenin-Richtung) ablehnend und zu der jetzigen (d. h. der Augustkonferenz) zustimmend verhielt. Ein bedeutender Teil der Resolutionen zur Tagesordnung empfahl, lediglich die Wahlkampagne auf die Tagesordnung der Konferenz zu stellen.

Schon im Winter unternahmen nichtfraktionelle „Intellektuelle" den Versuch, unter Heranziehung der Vertreter aller Richtungen in der Partei eine gemeinsame Wahlplattform und Wahltaktik auszuarbeiten. Wir nahmen an diesen Beratungen teil, und unter unserer Mitwirkung wurden die Grundlagen der Plattform ausgearbeitet, die s. Z. in der legalen Presse veröffentlicht wurden. Da wir in der mündlichen Agitation, bei der Organisationsarbeit und in der Presse fortwährend für die Einigkeit bei den Wahlen eingetreten waren, folgten wir bereitwilligst der Aufforderung, an den Ende Mai von extremen „bolschewistischen" Elementen organisierten Beratungen teilzunehmen, obgleich diese einen ziemlich einseitigen Charakter trugen. Wir zogen auch die Vertreter der sozialdemokratischen Mitglieder einiger Gewerkschaften zu diesen Beratungen heran. Leider zeigen die jüngsten Vorgänge, daß die Einberufer diese Versammlungen nicht ernst nahmen, und daß sie keineswegs die Einigkeit bei den Wahlen anstreben. Ihre Haltung, wie die der ihnen nahestehenden Blätter „Swesda" und „Prawda" zeigt, daß diese Gruppen nicht nur keine Scheu vor der Spaltung der Wahlkampagne haben, sondern diese direkt herbeisehnen.

Bisher haben wir, voll Vertrauen an eine Einigung, keine Schritte unternommen, um ein selbständiges Arbeiterwahlkomitee zu organisieren. Jetzt wird dies offenbar getan werden müssen. Vorläufig sind nur in einigen Betrieben Wahlkomitees gegründet worden, zu denen wir Arbeiter der verschiedenen Richtungen herangezogen haben. Wenn sie nur gemeinschaftlich weiter arbeiten wollten! Ferner wurden — allerdings in bescheidenem Umfange — Schritte zur Eintragung der Wohnungsmieter unternommen und Formulare für die Erklärungen an die Polizei und an den Magistrat gedruckt. Einige hundert Erklärungen sind bereits gesammelt. Wären etliche Geldmittel

vorhanden, so könnte man die Registrierung der Wähler, in Anbetracht des von den Arbeitern zur Schau getragenen Interesses, in großem Umfange betreiben. In den letzten zwei Wochen wurden Versammlungen veranstaltet, in denen die Wahlplattform erörtert wurde. Der Mangel an Referenten gestattet nicht, derartige Versammlungen in größerem Maßstabe zu veranstalten. Dabei hat die Praxis gezeigt, daß diese Versammlungen Erfolg haben und viele Teilnehmer heranziehen. Demnächst soll auch versucht werden, öffentliche Versammlungen zur Erläuterung des Wahlgesetzes und der Wahltechnik zu veranstalten. . . .

Es sei hier bemerkt, daß die Hauptarbeit der Initiativgruppe fortwährend von Arbeitern ausgeführt wurde, da stets nur eine minimale Anzahl hilfsbereiter intelligenter Kräfte vorhanden war. Die Initiativgruppe arbeitete in engem ideellen Kontakt mit der Literatengruppe der sogen. „Liquidatoren" und wandte die von ihr in der Presse entwickelten Methoden der sozialdemokratischen Agitation und des Ausbaues der sozialdemokratischen Partei in der Praxis an. In der letzten Zeit ist die Tätigkeit der Gruppe so sehr in die Tiefe und in die Breite gegangen, daß neben der zentralen Gruppe ebensolche Bezirksgruppen gegründet werden mußten. Insgesamt umfassen sämtliche Gruppen 70 bis 80 Personen. Diese Zahl dürfte in Verbindung mit der Wahlkampagne außerordentlich in die Höhe gehen.

Was die grundsätzlichen Anschauungen der Initiativgruppe betrifft, so vertritt sie den Standpunkt, daß die Hauptaufgabe der Sozialdemokratie darin besteht, das Proletariat in eine selbständige politische Partei zu organisieren.

Bei der Verwirklichung dieser Aufgabe müssen zwei grundlegende Prinzipien im Auge behalten werden: 1. daß die politische Partei des Proletariats eine Massenpartei sein muß, was nur bei ihrer legalen Existenz durchführbar ist; 2. daß die Umwandlung des Proletariats in eine politische Massenpartei und die Eroberung ihres offenen Existenzrechtes nur möglich sind bei der Entwickelung der politischen Aktivität der Arbeiterklasse und ihrer selbständigen Teilnahme an allen politischen Lebensäußerungen des Landes.

Von diesen Grundsätzen ausgehend, war die Initiativgruppe fortwährend bestrebt, eine Tätigkeit zu entfalten, die, wenn auch nur zum Teil, die Arbeitermasse berührte und ihre politische Aktivität steigerte. Sämtliche von einem Teile unserer Partei erbittert bekämpften Aktionen: wie z. B. die Teilnahme an den öffentlichen Kongressen (der Mitarbeiter der Volksuniversitäten, der Bekämpfung der Prostitution, der Bekämpfung der Trunksucht, der Fabrikärzte, der Handwerker), die Petitions-, Koalitions-, Versicherungskampagne usw., wurden von den oben gekennzeichneten Zielen diktiert. So veranstaltete die Initiativgruppe während der Kampagne zugunsten der Ausnützung des Vereinsgesetzes in den bisher von der Gewerkschaftsbewegung unberührten Gewerbszweigen öffentliche Versammlungen, die viele Hunderte von Arbeitern, die bisher abseits vom öffentlichen Leben gestanden hatten, heranzogen.

Die Praxis hat gezeigt, daß eine solche Tätigkeit nicht nur in Petersburg, sondern auch in der Provinz möglich ist. Daß sie schwierig ist, unterliegt keinem Zweifel, sie ist aber keineswegs undurchführbar. Als Beispiel sei darauf hingewiesen, daß, als einige aktive Mitglieder der Initiativgruppe nach der Provinz verschlagen wurden, die örtlichen Sozialdemokraten unter ihrem Einfluß das Vereinsgesetz auszunutzen anfingen, öffentliche Massenversammlungen veranstalteten usw. Als dauerndes Ergebnis dieser Tätigkeit kann z. B. eine Reihe von Gewerkschaften in N., ein Klub in N. N. u. a. bezeichnet werden.

Die Möglichkeit, eine solche Tätigkeit durchzuführen, ist also vorhanden. Stellt sich aber die Sozialdemokratie auf diesen Boden, so treibt sie die Arbeitermassen nicht nur zu einem Konflikt mit dem Regime des 16. Juni, sondern auch zum Kampf für die völlige Demokratisierung des Staates. Mehr noch. Während dieser Tätigkeit vermag die Sozialdemokratie den breiten Arbeitermassen viele speziell proletarische Forderungen einzuprägen und die einzelnen Eroberungen auf diese Weise so tief zu verankern, daß keine Reaktion ihnen gefährlich werden kann.

Es fragt sich nur, wer und in welcher Form die Initiative auf diesem Gebiete und diese ganze schwere Arbeit auf sich nehmen kann. Dies können weder die bestehenden legalen Organisationen (Gewerkschaften, Genossenschaften usw.), noch ihre Vertretungskörperschaften. Denn diese Organisationen haben ihre selbständigen Aufgaben zu vollbringen. Es kann also nicht strittig sein, daß diese Tätigkeit lediglich von der illegalen sozialdemokratischen Organisation übernommen werden kann.

Ferner fragt sich aber, wie diese Organisationen errichtet werden sollen. Daß die politischen Verhältnisse sich seit 1905 verändert haben, und daß infolgedessen auch die Form der Organisation umgeändert werden muß, hat sogar der auf diesem Gebiete so konservative Lenin anerkennen müssen. Wir Menschewiks jedoch haben diese Frage nicht nur seit langer Zeit auf die Tagesordnung gesetzt, wir haben auch den Versuch gemacht, eine solche neugeartete Organisation ins Leben zu rufen. Das Ergebnis dieses Versuches ist die Petersburger Initiativgruppe.

Eingangs wurde bereits dargelegt, wie sie entstanden ist. Vor 1905 war die Sozialdemokratie bestrebt, neue Organisationen ins Leben zu rufen und erst dann mit der politischen Arbeit zu beginnen. Einige Genossen vertreten noch heute diesen Standpunkt. Sie argumentieren folgendermaßen: seid ihr einverstanden, eine illegale sozialdemokratische Organisation zu gründen, so macht euch an die Arbeit; falls nicht, so lasset alles Gerede über die Einheit der politischen Tätigkeit der Sozialdemokratie. Denn dann gehen unsere politischen Ziele auseinander!

Die Petersburger Initiativgruppe verwarf stets und verwirft auch jetzt einen solchen Standpunkt. Sie ist nicht aus Elementen entstanden, die, mit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung nur oberflächlich verknüpft, in die Partei eintreten, um sich in den „unterirdischen" Geheimzirkeln zu verbarrikadieren. Der Organisation der Gruppe gehören Sozialdemokraten ohne Unterschied ihres Tätigkeitsfeldes an, um die offenen Aktionen der Arbeitermassen (politische Manifestationen, Demonstrationen usw.) gemeinsam zu beraten, vorzubereiten und durchzuführen. Je mehr die politische Tätigkeit der Gruppe in die Breite geht, entstehen aus den leitenden sozialdemokratischen Elementen der Arbeiterschaft Initiativgruppen in den einzelnen Bezirken. Ursprünglich hat die allgemein städtische Initiativgruppe die Bezirksgruppen ins Leben gerufen. Nun ist aber die Organisation in Petersburg so erstarkt, daß die bestehende Zentralgruppe von den Bezirksgruppen gewählt werden konnte.

Zu gleicher Zeit sind unter dem Einfluß der Petersburger Initiativgruppe ähnliche Organisationen in anderen Städten entstanden (Jekaterinoslaw, Konstantinowka u. a.). Soweit keine sozialdemokratischen Zentralinstanzen im Reiche vorhanden waren, hat die Petersburger Initiativgruppe, zum Beispiel zur Zeit des Handwerkerkongresses, auch umfassendere Funktionen übernommen. Im Prinzip jedoch erachtet die Initiativgruppe es als notwendig, daß Zentralinstanzen für das ganze Reich eingesetzt werden, damit die sozialdemokratische Tätigkeit vereinigt und koordiniert werde. Sind irgendwo zwei oder mehr sozialdemokratische Parallelorganisationen vorhanden, deren Tätigkeit sich in der oben skizzierten Richtung bewegt, ist bis zu ihrer völligen Verschmelzung eine ständige Koordinierung ihrer Tätigkeit erforderlich.

Infolge ihrer illegalen Existenz notgedrungen aus wenigen Personen bestehend, treten die Initiativgruppen mittels unvollendeter politischer Organisationen und sonstiger legaler Deckungen (Wahlkomitees, politische Verbände auf dem Boden des bestehenden Vereinsgesetzes, Munizipalvereine usw.), wie auch durch die Koordinierung ihrer Maßnahmen mit denen der legalen Arbeiterorganisationen, in den engsten Kontakt mit den Arbeitermassen. So drängt die Sozialdemokratie schon heute zu der offenen Existenz ihrer einen bestimmten Teil ihrer Tätigkeit ausführenden Organe hin, obgleich die sozialdemokratische Organisation als Ganzes noch dieser Möglichkeit beraubt ist.

Wird der hier gekennzeichnete Weg beschritten, so verlieren die illegalen Organisationen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, nach Ansicht der Petersburger Initiativgruppe, den Charakter von Gruppen, die, den Massen entrückt, in sich selber aufgehen.

* * *

**Beilage II.**

# Aus N. Lenins Rede vor dem Parteigericht im Jahre 1907.*)

Genossen!

Das Zentralkomitee hat mich unter die Anklage eines „für Parteigenossen unzulässigen Auftretens" (in der Presse) gestellt. So

*) Die oben angeführte Rede hat N. Lenin in schriftlicher Form dem Parteigericht unterbreitet, vor dem er sich 1907 unter der Anklage der Verleumdung einiger Genossen aus dem „menschewistischen" Lager und der Anwendung von polemischen Mitteln, die Verwirrung und Desorganisation in den Reihen der Arbeiter hervorrufen, verantworten mußte. Die Entstehung dieser Angelegenheit ist kurz folgende:

Vor den Wahlen für die II. Duma hatte eine allgemeine Parteikonferenz, nach der Skizzierung der allgemeinen Wahltaktik der Partei, im Interesse der Parteieinheit und des Parteifriedens beschlossen, daß die Wahlabmachungen mit den anderen Parteien, die heftige Differenzen zwischen den „Bolschewiks" und „Menschewiks" zeitigten, in jedem Wahlkreise gesondert auf der Konferenz der betr. Organisationen entschieden werden sollten. Dieser Beschluß gelangte allgemein zur Anwendung. In Petersburg jedoch sträubte sich das (bolschewistische) Komitee gegen die Einberufung der städtischen Konferenz, da es das Uebergewicht der „Menschewiks" fürchtete. Statt dessen berief es eine Konferenz ein, wo nicht nur die zu einem anderen Wahlkreise gehörenden Teile des Petersburger Gouvernements, sondern auch andere Gouvernements vertreten waren. Und diese Konferenz, auf der die bolschewistische Majorität von vornherein gesichert war, sollte die Frage der Wahltaktik — in Petersburg entscheiden. Auf die Forderung der Mitglieder der Petersburger Organisation mußte das Zentralkomitee sich in diesen Konflikt einmischen, um den allgemeinen Parteibeschlüssen Geltung zu verschaffen. Die Konferenz lehnte jedoch den Antrag des Zentralkomitees ab, worauf die menschewistischen Delegierten die Konferenz verließen. Das erste Stadium der Petersburger Wahlkampagne verlief infolgedessen im Zeichen der Spaltung. (Späterhin gaben die „Menschewiks" die parallele Beteiligung an der Wahlkampagne auf und söhnten sich mit der von den „Bolschewiks" geschaffenen Situation aus, die sie jedoch als ungesetzlich betrachteten.)

Zu dieser Zeit veröffentlichte N. Lenin in Petersburg eine Reihe gegen die „Menschewiks" gerichteter Agitationsbroschüren, u. a. die Broschüre: „Die Heuchelei der 31 Menschewiks", in der er den Genossen Th. Dahn und die anderen Menschewiks, die die Konferenz verlassen hatten, beschuldigte, „sich den Kadetten (d. h. den Liberalen) verkauft" zu haben. Diese Broschüre bildete den Ausgangspunkt der Anklage, wegen der N. Lenin einem (aus zwei „Bolschewiks", zwei „Menschewiks" und drei Vertretern der „nationalen" Organisationen bestehenden) Parteigericht übergeben wurde. Das Gericht vermochte die Angelegenheit bis zum Zusammentritt des Londoner Parteikongresses (1907) nicht zu erledigen. Und das dort gewählte, überwiegend bolschewistische Zentralkomitee erneuerte das Gericht nicht mehr.

steht es in dem Beschluß des Zentralkomitees über die Einsetzung eines Parteigerichts. Ich will direkt zum Kern der Angelegenheit übergehen und unverkürzt die „Erklärung" verlesen, die das Zentralkomitee „dem Gericht zur Prüfung unterbreitet". . . Das Zentralkomitee stellt fest, daß die von N. Lenin unterzeichnete Broschüre: „Die Wahlen in Petersburg und die Heuchelei der 31 Menschewiks" die direkte Anklage enthält, sie seien mit der Kadettenpartei in Unterhandlungen getreten, „um den Kadetten die Stimmen der Arbeiter zu verkaufen", und „die Menschewiks hätten mit den Kadetten gefeilscht, um ihren Vertrauensmann gegen den Willen der Arbeiter, mit Hilfe der Kadetten in die Duma hineinzuschmuggeln". . . .

„Das Zentralkomitee konstatiert, daß die Veröffentlichung einer solchen Anschuldigung in der Presse, namentlich unmittelbar vor den Wahlen, in die Reihen des Proletariats Verwirrung hineintragen müsse, da sie die politische Ehre von Parteimitgliedern verdächtigt und von den Feinden der Arbeiterklasse zum Kampf gegen die Sozialdemokratie ausgebeutet werden wird.

Von der Ansicht ausgehend, daß ein derartiges Auftreten für Parteimitglieder unzulässig ist, unterbreitet das Zentralkomitee die Handlungsweise des Genossen Lenin der Prüfung des Parteigerichts."

— — — — — — — — — — — — — —

Von welchem „Verkauf" der Arbeiterstimmen an die Kadetten ist hier (in der Broschüre) die Rede? Einige Spaßvögel äußerten sich mir gegenüber, sie hätten meine Worte so aufgefaßt, als hätte ich den Verkauf um Geld im Auge gehabt. Kein übler Witz. Wer aber zu lesen versteht und die ganze Broschüre und nicht einzelne, aus dem Zusammenhang gerissene Stellen ernst gelesen hat, wird aus dem Kontext, aus allen vorhergehenden und nachfolgenden Sätzen natürlich sofort ersehen, daß hier nicht von dem Verkauf um Geld, sondern von dem Verkauf gegen Sitze in der Duma die Rede ist. Die Worte „Handel", „Kauf und Verkauf" bezeichnen hier nicht den Austausch von ökonomischen, sondern von politischen Aequivalenten, nicht den Verkauf von Stimmen für Geld, sondern den Eintausch von Mandaten gegen Stimmen.

Es fragt sich nun, ob ein so klarer und deutlicher Sachverhalt der Erörterung wert gewesen ist?

Ich bin tief überzeugt, daß dies der Fall ist, denn hier treten wir unmittelbar an die vom Zentralkomitee aufgeworfene Frage über zulässiges und unzulässiges Hervortreten in der Presse heran.

Würde es an der betreffenden Stelle der Broschüre heißen: die 31 haben die Stimmen der Arbeiter gegen klingenden Lohn an die Kadetten verkauft, so wäre dies gleichbedeutend damit, dem Gegner eine schmähliche und verbrecherische Handlungsweise zuzuschreiben. Für eine solche Behauptung müßte der Schuldige nicht wegen „Hineintragens von Verwirrung in die Reihen des Proletariats", sondern wegen Verleumdung dem Gericht übergeben werden. Das ist völlig klar.

Heißt es aber an der betreffenden Stelle: die 31 sind dafür eingetreten, daß die Stimmen der Arbeiter gegen einen sozialdemokratischen Sitz in der Duma den Kadetten zugeführt werden, so ist das ein Musterbeispiel für eine loyale, unter Parteigenossen zulässige Polemik.

Wodurch unterscheidet sich nun diese Form von der von mir gewählten? Sie unterscheidet sich durch den Ton, der die Musik macht. Diese Form ist gleichsam dafür bestimmt, bei dem Lesen Haß, Ekel, Verachtung zu den Leuten wachzurufen, die solche Handlungen begehen. Diese Form bezweckt nicht, den anderen zu überzeugen, sondern seine Reihen ins Wanken zu bringen, — nicht den Fehler des Gegners gutzumachen, sondern seine Organisation zu vernichten, sie dem Erdboden gleichzumachen. Diese Form ist in der Tat geeignet, die ärgsten Gedanken, den ärgsten Verdacht über den Gegner wachzurufen, und in der Tat trägt sie, im Gegensatz zu der überzeugenden, berichtigenden Form „Verirrung in die Reihen des Proletariats hinein".

„Sie erkennen also eine solche Form als unzulässig an?" fragen Sie mich. Jawohl, entgegne ich, aber nur mit einer kleinen Ergänzung: sie ist unzulässig für die Mitglieder einer einigen Partei. In dieser Ergänzung steckt der ganze Kern der Frage. Die ganze Unrichtigkeit, ja mehr noch, die Gewissenlosigkeit der vom Zentralkomitee gegen mich erhobenen Anklage besteht eben darin, daß das Zentralkomitee das Fehlen einer einigen Partei zu der Zeit der Abfassung der Broschüre in der Organisation verschweigt, von der sie (nicht formell, sondern de facto) ausging, und deren Zwecken sie diente. Es ist eine Gewissenlosigkeit, eine Anklage wegen „eines für Parteigenossen unzulässigen Auftretens in der Presse" zu erheben, wo die Partei gespalten war.

Eine Spaltung bedeutet den Bruch jeder organisatorischen Verbindung, der den Kampf der Meinungen vom Boden der Einwirkung innerhalb der Organisation auf die Einwirkung außerhalb derselben überträgt, vom Boden der Besserung und Ueberzeugung der Genossen auf den der Vernichtung ihrer Organisation, auf den Boden der Aufreizung der Arbeiter- wie überhaupt der Volksmasse gegen die sich absondernde Organisation.

Was unzulässig ist unter den Mitgliedern einer einigen Partei, ist zulässig und obligatorisch zwischen den Teilen einer gespaltenen Partei. Man darf über Parteigenossen nicht in einer Sprache schreiben, die bei den Arbeitermassen Haß, Ekel, Verachtung usw. zu den Andersdenkenden wachruft. Man darf und soll aber so schreiben, wenn es sich um eine abgesonderte Organisation handelt.

Weshalb soll man das? Weil die Spaltung die Pflicht auferlegt, die Massen der Führung der Sezession zu entreißen. Man hält mir entgegen, ich hätte in den Teil des Petersburger Proletariats, der den kurz vor den Wahlen abgesonderten Menschewiks Gefolgschaft leistete, Verwirrung hineingetragen. Ich werde aber stets bei Spaltungen so handeln. Durch meine schroffen, beleidigenden Ausfälle gegen die Menschewiks vor den Petersburger Wahlen habe ich in der Tat die Reihen des ihnen Vertrauen schenkenden und ihnen Gefolgschaft leistenden Proletariats ins Wanken gebracht. Dies war mein Ziel. Dies war meine Pflicht als Mitglied der Petersburger Organisation, die die Kampagne des linken Blocks durchführte. Denn nach der Spaltung mußten zu der Durchführung dieser Kampagne die Reihen der Menschewiks zerschlagen werden, die das Proletariat den Kadetten zuführten; es mußte Verwirrung in ihre Reihen hineingetragen, und bei den Massen Haß, Ekel, Verachtung zu diesen Leuten wachgerufen werden, die aufgehört hatten, Mitglieder einer einigen Partei zu sein, die unsere politischen Feinde geworden waren und unserer sozialdemokratischen Organisation bei den Wahlen Hindernisse in den Weg legten. Gegen solche politische Feinde habe ich damals — und werde ich bei der Wiederholung oder der Fortschreitung der Spaltung auch fernerhin — einen Vernichtungskampf führen.

Hätten wir nach der von den Menschewiks in Petersburg verursachten Spaltung nicht Verwirrung in die Reihen des von ihnen geführten Proletariats hineingetragen, wir hätten unsere Kampagne des linken Blocks nicht durchzuführen vermocht. Und ich bedauere lediglich, daß ich, fern von Petersburg, zu wenig mitgeholfen habe, die Massen dem Einfluß der menschewistischen Sezession zu entreißen, denn bei einer eifrigeren und erfolgreicheren Verwirklichung dieser Aufgabe hätte der linke Block in Petersburg den Sieg davongetragen. Dies ist ziffernmäßig nachgewiesen worden.

Der grundlegende logische (und natürlich nicht bloß der logische) Fehler der Anklage besteht darin, daß die Frage der Spaltung hinterlistig umgangen, die Tatsache der Spaltung verschwiegen und Forderungen, die vom Standpunkt der Parteieinheit gesetzmäßig sind, unter solchen Verhältnissen aufgestellt werden, wo keine Einheit, keine einige Partei vorhanden ist, und zwar — ich werde das später nachweisen — infolge Verschuldens des Zentralkomitees selbst, das die Spaltung inszeniert und gedeckt hat!

Würde jemand einen für den inneren Parteikampf zulässigen Maßstab zur Zeit eines Spaltungskampfes anwenden, zur Zeit eines Kampfes, der sich von außen her gegen die Partei oder (bei einer lokalen Spaltung) gegen die betreffende Parteiorganisation richtet, so müßte man einen solchen Menschen entweder als kindlich-naiv oder als Heuchler bezeichnen. Vom Standpunkt der Organisation bedeutet eine Spaltung den Bruch *jeglicher* organisatorischer Beziehung, d. h. den Uebergang vom Kampf, der die Genossen in der Organisation zu überzeugen sucht, zum Kampf, der die feindliche Organisation, ihren Einfluß auf die Arbeitermasse *vernichtet*. Vom Standpunkt der Psychik ist es vollkommen klar, daß der Bruch jeglicher organisatorischer Verbindung unter Genossen schon an sich den *äußersten Grad* der gegenseitigen Erbitterung und des zur Feindschaft gewordenen Hasses bedeutet.
— — — — — — — — — — — — — — — —

* * *

**Beilage III.**

# Dokumente zur russischen Parteigeschichte.*)

## Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands.

Proletarier aller Länder vereinigt euch!

An die Arbeiterbevollmächtigten.

Genossen!

Die Wahl der Bevollmächtigten in der Arbeiterkurie ist beendet. Ungeachtet der Verhaftungen und der Einschüchterungsversuche sind die Wahlen ehrenvoll durchgeführt worden. Selbst die bürgerliche Presse muß zugeben, daß die Mehrheit der Bevollmächtigten aus Sozialdemokraten besteht. Die Unmenge der Repressalien und „Erläuterungen" vermochte die Stimmen des Petersburger Proletariats nicht zum Schweigen zu bringen!

Die Sozialdemokratie ist die einzige Vertreterin des Proletariats — das ist die Lehre der Wahlen.

Indessen ist noch nicht alles vollbracht. Noch steht die Wahl der sechs Wahlmänner bevor, aus deren Mitte der Petersburger Arbeiterabgeordnete gewählt werden soll. Es handelt sich nun ausschließlich darum, daß nur aufrechte und verläßliche Sozialdemokraten als Wahlmänner gewählt werden.

Zwei Plattformen werden Euch vorgelegt werden: die Plattform der Liquidatoren und die Plattform der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands.

Ihr müßt wählen zwischen den beiden Plattformen!

Die Liquidatoren sind eine Gruppe früherer Sozialdemokraten, die, müde vom Kampf, ohne Glauben an die Revolution, ausschließlich von einer Vereinbarung mit den Liberalen ihr Heil erwarten.

Die Liquidatoren glauben nicht an den Kampf des Volkes, und darum lehnen sie die Forderung der Republik ab, indem sie sich mit der Forderung des allgemeinen Wahlrechts begnügen — bei Aufrechterhaltung der Reichsduma, folglich auch bei Aufrechterhaltung des Reichsrates, folglich auch bei Aufrechterhaltung der zarischen Bureaukratie.

Die Liquidatoren glauben nicht an den Kampf des Volkes, und deshalb reden sie so viel über einzelne Reformen, wie zum Beispiel über das Koalitionsrecht, — unter der zarischen Kamarilla, unter den zarischen Gouverneuren, unter den zarischen Sicherheitspolizisten.

Die Liquidatoren glauben nicht an den Kampf des Volkes, und deshalb beschränken sie sich auf die liberale Forderung der „Revision der Agrargesetzgebung der dritten Duma" — unter Belassung des Grund und Bodens in den Händen der Gutsbesitzer, unter Beibehaltung der Junkersklaverei, unter Aufrechterhaltung der Gewalt des Zaren.

Das ist die Plattform der Liquidatoren.

Ist es Euch nicht klar, Genossen, daß Arbeiterbevollmächtigte, die etwas auf sich halten, für eine solche halbliberale Plattform ihre Stimme nicht abgeben dürfen?

---

*) Das hier im Wortlaut wiedergegebene Flugblatt wurde bei den Wahlen für die IV. Duma von dem „Zentralkomitee" und dem „Petersburger Komitee" der Lenin-Richtung in Petersburg vertrieben.

Einen ganz anderen Charakter trägt die Plattform der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands.

Die Plattform der Partei geht von der Voraussetzung aus, daß die Revolution in Rußland nicht gestorben ist, daß sie lebt und leben wird, so lange die Zarenmacht und die Junkersklaverei nicht vom Erdboden verschwunden sind. Haltet Umschau, Genossen, und sagt, sieht es ringsum danach aus, daß das „erneuerte" Reich keine revolutionäre Umgestaltung erfordert? An Stelle der Freiheit des Volkes — die Willkür der Zarenbüttel; an Stelle des Volksparlaments — die schwarze Duma der Junker; an Stelle des freien Dorfes — Millionen hungernder Bauern; an Stelle der Vereins- und Versammlungsfreiheit — die Niedermetzelung der Streikenden an der Lena . . . Sieht das nach einer „Wiedergeburt" aus, und ist es nicht klar, daß, wo Streikende niedergeknallt werden und Millionen Bauern zur Hungersnot verurteilt sind, die Revolution leben wird, bis das kämpfende Volk den Sieg erringt?

Das ist der Grund, weshalb die Partei keine ihrer Hauptforderungen des Jahres 1905 preisgibt und sie in ihrer Plattform aufstellt:

1. Den Grund und Boden für die Bauern!
2. Den Achtstundentag für die Arbeiter!
3. Die Republik für sämtliche Bürger!

Dies — die nächsten Forderungen der Partei, dies — ihre Plattform.

Genossen! Sozialdemokraten und Nicht-Sozialdemokraten, die Ihr mit dem revolutionären Kampf des Volkes sympathisiert!

Stimmt für die Plattform der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands! Stimmt für die gesamte Wahlmännerliste der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands!

Neutrale! Euch ist es auch nicht ganz gleichgültig, welche Plattform der Arbeiterabgeordnete befolgt, wie er sich zu der Agrarfrage, zu der Frage der Republik usw. stellt. Gebt alle Eure Stimme ab für die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei!

Zerschlagt nicht die Stimmen!
Hoch der Kampf der Arbeiterklasse!
Hoch die neue Revolution in Rußland!
Hoch die sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands!

Das Petersburger Komitee der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands.

Das Zentralkomitee der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands.

* * *

Man vergleiche das obenstehende Flugblatt, das in der Geschichte der russischen Parteibewegung ohnegleichen dasteht, mit der im ganzen Reiche verbreiteten Wahlplattform des Organisationskomitees, das auch von den „Liquidatoren" anerkannt wurde. Der abschließende Teil dieser Plattform lautet:

Genossen und Bürger!

Vor dem Antlitz einer auf der Rechtlosigkeit der Volksmassen begründeten Staatsform fordern wir das Volk auf, für die **demokratische Republik** zu kämpfen, unter der in größtmöglichem Maße die Freiheit der Organisation und des Kampfes der Arbeiterklasse gesichert und die Bedingungen geschaffen werden können, um die gegenwärtige russische Agrarfrage durch die **Konfiskation der Junkerländereien** im Interesse der Bauern und der Arbeiter zu lösen, die stehende Armee durch die **Bewaffnung des Volkes** zu ersetzen und eine möglichst **demokratische Lösung der nationalen Frage** herbeizuführen.

Dieses Ziel anstrebend, das vom Volke nur mittels einer Revolution verwirklicht werden kann, fordert die Sozialdemokratie die arbeitenden Massen

bei der gegenwärtigen Wahlkampagne auf, sich um folgende, auf der Tagesordnung stehende Forderungen zu sammeln:

1. Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht, ohne Unterschied des Geschlechts, der Konfession und der Nationalität bei den Wahlen für die Reichsduma und die Organe der örtlichen Selbstverwaltung;

2. Souveräne Volksvertretung;

3. Koalitionsfreiheit: Streik-, Vereins- und Versammlungsfreiheit;

4. Gewissens-, Rede- und Preßfreiheit; Unantastbarkeit der Person, Abschaffung der Ausnahmezustände und der Todesstrafe, allgemeine politische Amnestie;

5. Umfassende örtliche Selbstverwaltung;

6. Abschaffung aller nationalen und konfessionellen Einschränkungen und Ausnahmegesetze, im besonderen Aufhebung des jüdischen Ansiedelungsrayons; nationale Gleichberechtigung, Garantien für die Freiheit der kulturellen Entwickelung der Völker;

7. Autonomie Polens und Wiederherstellung der Verfassung in Finnland;

8. Revision der Agrargesetzgebung der dritten Duma;

9. Achtstundentag und ununterbrochene 42stündige Wochenruhe für alle Arten der Lohnarbeit;

10. Allgemeiner, unentgeltlicher, obligatorischer Schulunterricht in der Muttersprache, von der kirchlichen Bevormundung befreit;

11. Einführung einer allseitigen Versicherung aller Lohnarbeiter auf der Grundlage der Selbstverwaltung der Versicherten und auf Kosten des Staates und der Unternehmer;

12. Revision des Militärreglements zum Zwecke der Einschränkung des Militärdienstes, der Beseitigung der Kriegsgerichte und Disziplinarbataillone, wie der allseitigen Aufbesserung der materiellen und rechtlichen Lage der Untermilitärs in Heer und Flotte.

Genossen und Bürger! Die Regierung des 16. Juni bietet zurzeit alle ihre Kräfte auf, um die vierte Duma zu einer würdigen Nachfolgerin der dritten zu gestalten. Während sie einerseits, von den Bischöfen unterstützt, das schwarze Heer der Popen und Mönche mobilisiert, sucht sie andererseits den wirklichen Volksvertretern den Zutritt zur Duma zu verwehren. Um so entschiedener muß der Widerstand und der Ansturm aller derer sein, für die die Freiheit und das Glück des Vaterlandes nicht Schall und Rauch ist.

Nutzt jedes Teilchen Eures Wahlrechts in der Arbeiterkurie, in der zweiten städtischen Kurie oder in der Bauernkurie aus, um dem ganzen Lande zu verkünden, was Ihr wollt und wofür Ihr kämpft.

Hoch die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands!

**Das Organisationskomitee**
**der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands.**

БИБЛИОТЕКА